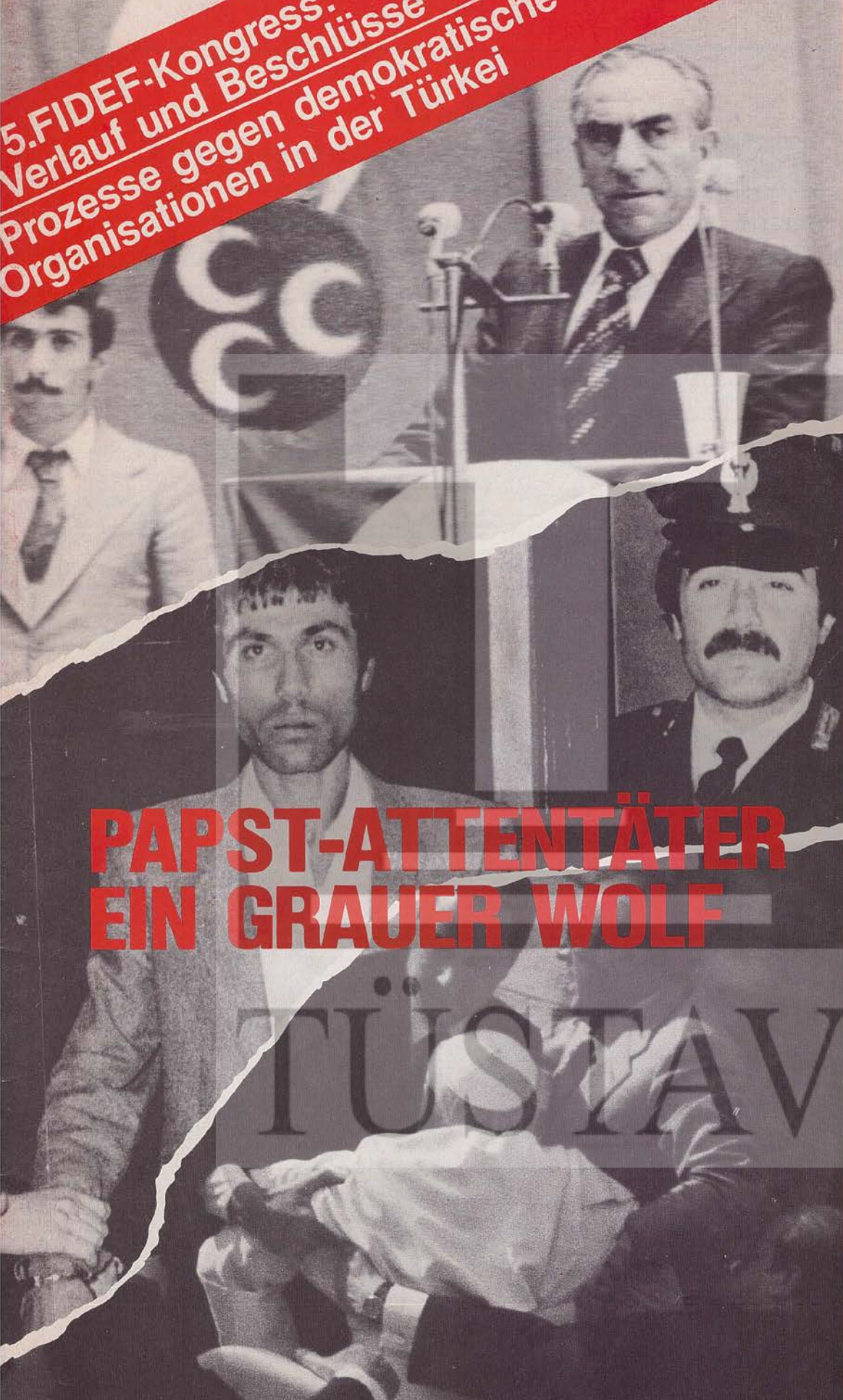


5. FIDEF-Kongress:
Verlauf und Beschlüsse
Prozesse gegen demokratische
Organisationen in der Türkei



PAPST-ATTENTÄTER EIN GRAUER WOLF

TÜRKİSTAN

3 TÜRKEI INFORMATIONEN

APRIL/MAI '81

HERAUSGEGEBEN VON DER FÖDERATION DER ARBEITERVEREINE DER TÜRKEI · FIDEF

1. Mai

von der Junta verboten

Die Angriffe gegen die Errungenschaften der Werktätigen werden ununterbrochen fortgesetzt. Rechte und Freiheiten, die sich die arbeitende Bevölkerung im Laufe der Jahrzehnte erkämpfen konnte, werden nach und nach liquidiert.

Mit einem „Gesetz“ wurde nun zusammen mit anderen Fest- und offiziellen Feiertagen auch der 1. Mai abgeschafft und zum normalen Werktag erklärt. Weitere 6 Feier- und Festtage wurden ebenfalls eingeengt.

Die Versuche der Herrschenden scheiterten immer wieder, die arbeitende Bevölkerung mit Gewalt von Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai abzuhalten, der ab 1935 offiziell zum „Frühlingsfest“ deklariert worden war. Ab 1976 rief DISK in Istanbul zu zentralen Kundgebungen auf, an denen Hunderttausende von Menschen teilnahmen.



April/Mai

Impressum

Türkei-Informationen – Herausgegeben vom Bundesvorstand der FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik) FIDEF – Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: C. Demirok, Redaktionsanschrift: Türkei-Informationen, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (02 11) 66 42 84. Türkei-Informationen erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet 36 DM inkl. Porto.
Druck: Plambeck & Co Neuss

in diesem heft

Leserbriefe	4
Standpunkt	
Agca und die Türk-Föderation	6
Türkei	
Flucht Agcas von MHP organisiert	8
Detaillierte Beweise für Terroraktivitäten	10
Folterungen bleiben ungeahndet	13
Seit September in „Untersuchungshaft“	15
„Verletzung gewerkschaftlicher Rechte“	17
Prozesse gegen Köy-Koop und Töb-Der	18
Wird Türkei Speerspitze des Pentagons?	20
Aufforderung zur Denunziation	24
Interview	
Frits Karg: „Wir können uns Spaltungen nicht leisten“	25
Europarat: „Frist verlängert“	27
Bundesrepublik	
5. FIDEF-Kongreß in Dortmund	28
Aus FIDEF-Aktivitäten	31
Ausländische Kinder und Jugendliche	
Einstellungsrecht für Junta?	32
Junta-Minister: Bald offizielle Koran-Kurse in der BRD	33
Kultur	
Mit Nazim Hikmet für Verständigung und Solidarität	34

Liebe Kollegen und Freunde in der September/Oktoberrummer (1980) der Türkei-Informationen wurde der Spendenaufruf für Server Tanilli abgedruckt. Er wurde außerdem in einigen anderen Zeitschriften demokratischer Organisationen, in mehreren Gewerkschaftsorganen publiziert und an viele Einzelpersonen verschickt.

Die Spendenaktion ist inzwischen abgeschlossen. Sie erbrachte 17704,65 Mark. Ich danke im Namen Server Tanillis für die Hilfe all derer, die sich an der Aktion beteiligt haben. Für das Geld wurde ein Rollstuhl und ein Spezialbett gekauft und in die Türkei geschickt. Mit dem Rest konnte ein Teil der Schulden bei der Krankenhausverwaltung bezahlt werden.

Server Tanilli ist zur Zeit wieder in der Türkei, wo er unter den erschwerten Bedingungen seine Arbeit an der Universität und als Autor wissenschaftlicher Bücher wieder aufgenommen hat. Trotz seiner Lage und den Verhältnissen im Lande scheint Server Tanilli kaum einen Hauch seines Optimismus und seiner Schaffenskraft verloren zu haben.

Er grüßt solidarisch alle Freunde.

Bremen, den 25. 4. 198
Klaus Liebe-Harkort

lose Vergabe von Geldern zur freien Verwendung für Militärs kritisiert. Durch die Ausgabe Februar/März 1981 und die darin enthaltenen Berichte fühle ich mich als Kollege und Freund meiner türkischen Mitarbeiter dazu verpflichtet, ein Abonnement Ihrer Zeitung zu bestellen. Ich bitte Sie deshalb, an die oben angegebene Adresse ein Abonnement zu senden.

Entsetzt bin ich darüber, daß ich es bis jetzt versäumt habe, mich über die tatsächlichen Verhältnisse, über die Bedingungen von aktiven Gewerkschaftern und Bürgern der Türkei zu informieren. Ich bedauere es, daß es heute in Deutschland schon wieder soweit ist, daß „Ausländer raus“ und andere Hetzparolen öffentlich geäußert werden dürfen! Meines Erachtens hat dazu auch die MHP mit ihrem Terror beigetragen. Ich unterstütze alle Ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der Faschisten.

Herzlich gefreut haben mich auch Ihre Zeilen, die zur Unterstützung der DGB-Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen aufgerufen haben.

Ich kann nur alle Kollegen in den DGB-Gewerkschaften dazu auffordern, unsere demokratischen türkischen Kollegen zu unterstützen und alle Anstrengungen zu unternehmen, ihnen in allen Dingen behilflich zu sein.

Siegen Willi Schütz

Wie Ihr wißt, ist unsere Organisation alter Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus und junger Antifaschisten bestrebt, allen Erscheinungsformen des Faschismus entschieden entgegenzutreten. Ein Element faschistischer Ideologie war und ist der übersteigerte Nationalismus und der Rassismus. Aus diesem Grund sind wir außerordentlich besorgt über die zunehmende Ausländerfeindlichkeit, der Ihr in unserem Land begegnen müßt. Unsere Kreisorganisation hat sich vorgenommen, den Kampf gegen

die Ausländerfeindlichkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen und in diesem Punkt auch möglichst eng mit der örtlichen Fiedf zusammenzuarbeiten.

Wir möchten Euch bitten, uns von nun an regelmäßig Eure Informationsmaterialien zukommen zu lassen, damit wir auf unseren Mitgliederversammlungen auch genauer über die Situation der türkischen Kollegen in der BRD und in ihrer Heimat berichten können. Wir sind also interessiert an Rundbriefen, Broschüren, kurz eigentlich allem, was Ihr über Eure Arbeit herausgebt.

Mit solidarischen Grüßen, die an diesem Tag insbesondere an unsere türkischen Kolleginnen zum internationalen Frauentag gehen,

VVN-Bund der Antifaschisten
Marburg/Biedenkopf
Kreisvorstand

In der Februar/März-81-Ausgabe der „Türkei-Informationen“ sagte W. J. Röder, IG Metall Reutlingen, im Interview auf Seite 26: „Der Informationsstand der deutschen Kollegen über Probleme in der Türkei ist sehr schlecht“. Leider kann ich diese Aussage nur bestätigen, obwohl ich in einem Betrieb arbeite, in dem auch über 300 türkische Kollegen beschäftigt sind. Es gibt aber erfreuliche Ansätze zur Veränderung. Neben der recht guten Berichterstattung der IG-Metall-Zeitung „Metall“ über die aktuellen politischen Ereignisse in der Türkei trägt vor allem „Türkei-Informationen“ zu einem besseren Informationsstand bei. Wenn der Leserkreis auch noch sehr klein ist, mit den Tatsachen und Fakten aus Eurer Zeitschrift können die Leser fundiert in Diskussionen eingreifen.

Wie notwendig das ist, bestätigt eine andere Aussage der Februar/März-81-Ausgabe: „Unwissenheit — besondere Form der Unterdrückung.“ (Artikel zur Lage der Frauen in der Türkei). Das

Heute habe ich erstmalig eine Ausgabe von Türkei-Informationen bekommen und gelesen. Als aktiver Gewerkschafter und Mitglied der IGB interessiere ich mich sehr für die Belange meiner türkischen Kollegen. Leider habe ich bis heute nur den kleinen Bereich meiner Abteilung und die Problematik der Arbeitswelt näher betrachtet. Als „Weltpolitiker“ und Gewerkschafter habe ich nur gegen die Militärhilfe gewettert und die sinn-

gilt nicht nur für die direkt Unterdrückten. Es entstehen aus Unwissenheit unsachliche und unsolidarische Verurteilungen türkischer Kolleginnen und Kollegen durch Deutsche. Je niedriger der Informationsstand, desto stärker wuchern Vorurteile. In Diskussionen ist aber schnell Nachdenklichkeit und Betroffenheit herzustellen, wenn fundierte Hintergrundinformationen eingebracht werden.

Mir ist keine andere Quelle bekannt, die so viele und aufschlußreiche Informationen über die Türkei und ihre Bevölkerung bietet, als „Türkei-Informationen“. Sie ist somit nicht nur nützlich, sondern unbedingt notwendiges Hilfsmittel, um Vorurteile abzubauen und Solidarität zwischen deutschen und türkischen Kollegen herzustellen. Prüft doch einmal, ob eine noch engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften — z. B. der IGM — möglich ist, indem „Türkei-Informationen“ Bestandteil der Bücherpakete wird, die auf den Bildungsseminaren verteilt werden.

Margret Lühnen
IG-Metall-Vertrauensfrau
2000 Hamburg

Liebe Freunde!

Anlässlich des XI. Festivals des politischen Liedes in Berlin im Februar hatten wir zum ersten Mal Gelegenheit, den Türkischen Arbeiterchor Westberlin hier bei uns zu hören. Aber nicht nur die Auftritte des Chores haben unsere Aufmerksamkeit geweckt, sondern auch der Informationsstand, den die Mitglieder während des Festivals eröffnet hatten. Dort haben wir zum ersten Mal auch die Zeitschrift „Türkei-Informationen“ erhalten, neben anderem, reichhaltigen Material über die politische und kulturelle Situation in der Türkei oder türkischer Bürger im Ausland. Wir sind den Freunden des Chores dafür sehr dankbar. Die Auftritte der türkischen Sänger und Instrumentalisten haben hier ein großes positives Echo gefunden. Uns hat nicht zuletzt überrascht, daß nicht nur das türkische Lied propagiert wurde, sondern auch Lieder der Arbeiter anderer Länder, so Avanti popolo oder Die junge Garde. Der Auftritt des Arbeiterchores war vielen

von uns Anlaß, sich intensiver um die Probleme des türkischen Volkes zu kümmern.

Im Flug verkauft waren auch die wenigen Nazim-Hikmet-Almanachs, die am Informationsstand erworben werden konnten. Ich fühle mich außerordentlich glücklich, ein solches Almanach, in dem ich Gedichte des hochverehrten Dichters Nazim Hikmet auch in Originalsprache finde, nun zu besitzen. Seit langen Jahren gehöre ich zu den Zehntausenden begeisterten Lesern in meinem Land dieses bereits klassischen Dichters unseres Jahrhunderts. Mein größter Wunsch war es immer, diese flammenden Worte einmal in seiner Sprache vor Augen zu haben. Nicht zuletzt deswegen hege ich seit langem den Wunsch, Türkisch, die Sprache Hikmets, zu erlernen. Der Verfasser des Gedenk-artikels zum Hikmet-Geburtstag in Türkei-Informationen Januar 1981 hat recht, wenn er meint, daß man den Dichter im Original lesen müsse, um ihn ganz zu verstehen.

Aber: Was wäre ein so großer Dichter wie Nazim Hikmet ohne die unzähligen Übertragungen seiner Werke in andere Sprachen? Ich habe Hikmet nie anders gelesen — bis zu diesem Zeitpunkt — als deutsch und habe doch so ein vertrautes, verständiges Verhältnis zu seiner Dichtung gewonnen — gerade dank dieser Übertragungen. So geht es Millionen auf dieser Erde. Ich habe gerade in der letzten Zeit verfolgt, wo man überall und bei welchen Anlässen sich an diesen großen türkischen Dichter erinnert. Ich habe Worte über ihn in kubanischen, in tschechischen und vielen anderen Zeitschriften gefunden. Hikmet lebt unter uns, er ist immer präsent, egal in welcher Sprache. Darum muß unser Dank all den unermüdlichen, fleißigen und talentierten Übersetzern gelten, die ihn uns geschenkt haben. Und somit lehne ich kategorisch den Satz des Artikelautors in TI (S. 31) ab: „So ist jede Übersetzung eine schlechte Kopie.“ Nein, lieber Autor, jede Nachdichtung Hikmets ist ein völkerverbindendes Band! Dank so vieler leidenschaftlicher Übersetzer und Nachdichter ist Hikmet in aller Welt bekannt und mit Hikmet die Türkei. Denn wer Hikmet zur Hand nimmt, wird sich fragen: Wer war dieser hervorragende Mensch, wo stand seine Wiege, welches Volk hat diesen

Sohn geboren, welche Erde ihn genährt? Und so lebt er in den Gedanken der Völker, deren Sprache sich so sehr von der des Autors unterscheidet.

Liebe Freunde von TI, ich habe natürlich große Lust, mich weiterhin aktuell über die Türkei, ihr politisches, soziales und kulturelles Leben zu informieren.

Viel Erfolg für Ihre Tätigkeit weiterhin wünscht

1058 Berlin/DDR Hilde Ruge

Wir haben uns sehr über Ihren Brief gefreut. Was die Übertragungen von Gedichten in andere Sprachen anbelangt, sind sie gerade im Fall Nazim Hikmets sehr wichtig. Denn seine Werke waren (und sind heute schon wieder) in der Türkei verboten. Die sozialistischen Länder haben nicht nur unserem verfolgten Dichter Zuflucht gewährt. Sie haben auch einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, sein Werk für die kommenden Generationen zu retten.
Die Redaktion

In Ihrer Türkei-Information vom Dezember 1980 haben Sie für ein 10er Sortiment Karten von Nazim Hikmet (Ein Grafischer Blick auf seine Gedichte) erworben. Bitte senden Sie mir ein Sortiment davon.

In Ihrer letzten Ausgabe von Januar 1981 stellten Sie einige Grafiker und Maler aus der Türkei vor. Zwei der Aussteller würde ich in ihren Werken gern noch etwas genauer kennenlernen, deshalb möchte ich Sie bitten, mir von Hanefi Yeter und Yunus Saltuk Broschüren und, falls vorhanden, Poster zu senden. Zum Beispiel das Poster von Kreuzberg von Hanefi Yeter würde mich sehr beeindrucken. Falls vorhanden und es Ihnen nicht zu viele Umstände macht, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir noch weitere Literaturhinweise über das Leben von Nazim Hikmet senden könnten.

Oldenburg Marion Rättings

Papst-Attentat keine Tat eines Einzelgängers

Agca und die Türk-Föderation

Das Attentat eines türkischen Terroristen auf Papst Johannes Paul hat die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit erneut auf das Problem des Terrorismus gelenkt. Die Tatsache, daß der festgenommene Attentäter eine der führenden Figuren des türkischen Rechtsextremismus ist, der bereits im Sommer 1980 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, legte die Vermutung nahe, daß bei der Aufklärung dieses Anschlages nun endlich die organisatorischen Verbindungen der türkischen Faschisten bloßgelegt werden könnten. Hierzu sind die Bedingungen insofern gegeben, als auch in der Türkei die Militärstaatsanwälte eine recht umfangreiche (wenn auch nicht erschöpfende) Anklageschrift gegen die faschistische MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) vorbereitet haben. In dieser Anklageschrift wird die von FIDEF und vielen anderen demokratischen Organisationen seit Jahren vorgetragene Tatsache voll und ganz bestätigt, daß die MHP die bestorganisierte und gefährlichste Terrororganisation der Türkei darstellt.

Wer allerdings erwartet hatte, daß mit der Verhaftung und Identifizierung des Attentäters die verantwortlichen Stellen in der BRD die Konsequenzen ziehen und rechtliche Schritte gegen die „Grauen Wölfe“ einleiten würden (deren wichtigste Organisation die „Türk-Föderation“ mit Sitz in Frankfurt ist), sah sich getäuscht.

Zunächst wurde hartnäckig bestritten, daß M. A. Agca sich nach seiner Flucht aus der Türkei überhaupt in der Bundesrepublik aufgehalten habe. Doch dieser Standpunkt wurde durch die Ermittlungen der österrei-

chischen Polizei bald unhaltbar. Es ergab sich, daß Agca aus der Bundesrepublik nach Österreich gekommen war.

Nun mußten sich die Behörden vorhalten lassen, daß bereits im Oktober des vergangenen Jahres in Presseberichten auf die Anwesenheit steckbrieflich gesuchter faschistischer Mörder in der BRD hingewiesen worden war. TÜRK-INFO-MATIONEN hatte in ihrer Ausgabe vom November 1980 neben M. A. Agca auch seinen Komplizen Mehmet Sener sowie die mehrfachen Mörder Isa Arman und Feridun Akkuzu und andere Terroristen namentlich genannt. Am 23. Dezember 1980 wandte sich FIDEF mit einem Brief an den Bundesinnenminister und verlangte die Festnahme und die Ausweisung der Mörder sowie das Verbot der Türk-Föderation. Das Bundesinnenministerium hat die Öffentlichkeit immer noch nicht darüber unterrichtet, ob und wann diese gefährlichen Terroristen in die Fahndungslisten aufgenommen worden sind.

Keine Reaktionen seitens bundesdeutscher Behörden

Die gleichgültige Haltung der bundesdeutschen Behörden gegenüber den Organisationen der türkischen Faschisten hat sich auch nach dem Attentat in Rom nicht geändert. Man weigerte sich beharrlich, irgendwelche Zusammenhänge zwischen den Aktivitäten der Türk-Föderation (nach Erkenntnissen der türkischen Militärstaatsanwälte eine der wichtigsten Ableger der Terrororganisation MHP) und dem geheimen Aufenthalt sowie ausgedehnten Reisen des Mör-

ders M. A. Agca zu sehen. Dann brachten die Ermittlungen der italienischen Polizei die Verantwortlichen in Bonn unter Zugzwang. Man hatte festgestellt, daß das Mitglied des Hauptvorstandes der Türk-Föderation, Hasan Taskin, wenige Tage vor dem Attentat den steckbrieflich gesuchten Terroristen M. A. Agca von Hannover aus angerufen hatte. Sonderbarerweise gelang es jedoch nicht, Hasan Taskin zu fassen. Ob dieses Mißgeschick mit den Kontakten zusammenhängt, die nach Erkenntnissen der türkischen Militärstaatsanwälte zwischen den führenden MHP-Funktionären in der BRD und gewissen Verfassungsschutzbeamten zu vermuten sind, vermögen wir nicht zu beurteilen.

Interessant ist die Hartnäckigkeit, mit der der Attentäter sich über seine organisatorischen Verbindungen und seine Helfershelfer ausschweigt. Dieses Schweigen steht im krassen Gegensatz zu seinen zahlreichen und ständig wechselnden politisch-weltanschaulichen Bekenntnissen, mit denen M. A. Agca augenscheinlich seinen wahren politischen Standort vertuschen will. Mal gibt er sich als Armenier aus, mal behauptet er, von palästinensischen Gruppen beauftragt worden zu sein. Bei seiner Festnahme trug Agca einen handgeschriebenen, zwei Seiten langen Brief bei sich, in dem er unter anderem „gegen den amerikanischen und sowjetischen Imperialismus“ protestiert und die Vereinten Nationen auffordert, „eine Konferenz für Frieden und Abrüstung zu organisieren“ und für die Belange der „Dritten Welt“ einzutreten. Das alles kann einen Beobachter, der die Methoden der MHP nicht kennt, verwirren. Der Sinn dieser Täuschungsmanöver wird jedoch deutlich, wenn man bedenkt, daß es eine Instruktion des „Bildungssekretariats“ der MHP-

Zentrale gibt, in dem ausdrücklich zur Verteilung von provokatorischen Flugblättern mit linksradikalen Parolen aufgefordert wird, „um die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane von sich abzulenken“.

MHP-Zugehörigkeit unbestreitbar

Bemerkenswert ist die Dreistigkeit, mit der ultrarechte Blätter wie „Tercüman“ diese Linie in die Tat umsetzen. Unter Berufung auf eine in Wien erscheinende Zeitung und auf einen angeblichen „Bericht Westlicher Geheimdienste“ verkündet sie schon am 22. Mai 1981 in einer Drei-Spalten-Schlagzeile, daß der Attentäter M. A. Agca ein KGB-Agent sei. Bereits am Tage zuvor hatte der Vorsitzende der Türk-Föderation, Sedar Çelebi, auf einer Pressekonferenz in Bonn in gleicher Richtung argumentiert.

Derartige Behauptungen werden aufgestellt, ungeachtet der Tatsachen,

- daß enge Beziehungen von Agca mit MHP-Angehörigen erwiesen sind,
- daß Agca nach dem Mord an İpekçi die Mordwaffe in einem MHP-Gebäude ablieferte,
- daß die Flucht von Agca aus der Türkei von der MHP organisiert und finanziert wurde,
- daß die Waffen, die bei dem ersten Fluchtversuch Agcas eingesetzt wurden, bereits bei zahlreichen Mordüberfällen von „grauen Wölfen“ benutzt worden waren,
- daß Agca in einem Gasthaus festgenommen wurde, das ausschließlich von MHP-Anhängern besucht wird.

Während ihrer Pressekonferenz am 21. Mai 1981 in Bonn erklärte die Türk-Föderation, daß sie kein „Ableger der MHP“ sei und nichts mit dem Attentat auf den Papst zu tun habe. Wie zum Beweis wurden Kopien von Telegrammen vorgelegt, in denen sie dem Papst baldige Genesung wünschten. Beim Anblick dieser Telegramme mag sich mancher türkischer Journalist an die Beileidsschreiben erinnern, die der MHP-Vorsitzende Türkeş im Juli 1980 an die Familie des ermordeten Gewerkschaftsführers Kemal Türkler schickte. Nicht einmal ein Jahr ist vergangen und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß der Gewerkschaftsführer K. Türkler auf persönlichen Befehl von Türkeş ermordet wurde.

Der Prozeß gegen die MHP-Führung, bei dem für Türkeş und 228 andere Funktionäre der „grauen Wölfe“ die Todesstrafe gefordert wird, soll Presseberichten zufolge im Juli in Ankara beginnen. Gegenwärtig wird in der Nähe von Ankara auf dem Gelände der 28. Division, auf dem auch das Militärgefängnis von Mamak liegt, ein besonderes Gerichtsgebäude für den MHP-Prozeß errichtet. Die Anklage basiert auf den Paragraphen 146 und 149 des türkischen Strafgesetzbuches und lautet: „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes“ bzw. „Vorbereitung der gewaltsamen Änderung der Verfassung“.

Leitung der „Türk-Föderation“ in der Türkei angeklagt

Die Untersuchungsergebnisse über die MHP, die bisher an die Öffentlichkeit gelangten, sind äußerst aufschlußreich. Wir beginnen in diesem Heft mit ihrer auszugsweisen Veröffentlichung. Sie beinhalten auch Dokumente, die die Aktivitäten und Verbindungen der türkischen Faschisten in der BRD beleuchten. Wie die Presse berichtet, sind auch mehrere führende „graue Wölfe“, die sich in der BRD befinden, unter den Angeklagten. Die bekanntesten von ihnen sind Sedar Çelebi (Vorsitzender der Türk-Föderation), Ali Batman (zweiter Vorsitzender der Türk-Föderation) und Enver Altaylı (ehemaliger Hauptinspektor der MHP Organisation in der BRD). Da diese sich den Behörden in der Türkei nicht gestellt haben, wurden ihre Akten von den Hauptverfahren abgetrennt. Doch bereits die Veröffentlichungen über die terroristische Aktivität der MHP genügen voll und ganz, um die Dringlichkeit des umgehenden Verbots der Türk-Föderation und der Ausweisung ihrer verantwortlichen Funktionäre zu unterstreichen.

Unterstützung bei der Armee und beim Geheimdienst

Die Enthüllung des wahren Charakters der Terror-Organisation

MHP hat die ultrarechten und profaschistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Junta aufs äußerste gereizt. Ihre Wut ist verständlich, denn es ist nun für alle sichtbar, daß die Faschisten seit Jahren die Errichtung einer blutigen Diktatur vorbereiten, daß sie zu diesem Zweck eine breit angelegte Terrorkampagne entfesselt haben und dabei von Gleichgesinnten innerhalb der Armee des Geheimdienstes und der zivilen Verwaltung tatkräftig unterstützt wurden. Auch die Rolle des langjährigen Ministerpräsidenten Demirel, der 1975 den Faschistenführer Türkeş zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten machte (damals hatte die MHP nur zwei Abgeordnete im Parlament) und damit dessen Aktivitäten wesentlich erleichterte, ist klar zu erkennen.

Die ultrareaktionären Kreise versuchen nun, den Effekt dieser Enthüllungen durch verstärkte Angriffe auf die demokratischen Kräfte wettzumachen. Das hat sich bereits kurz vor dem 1. Mai bei der Verhaftung von zahlreichen fortschrittlichen Persönlichkeiten gezeigt. Das zeigt sich aber auch in den Prozessen gegen den Progressiven Gewerkschaftsbund DISK, gegen den Lehrerverband TÖB-DER und gegen den Vorsitzenden des Verbandes der landwirtschaftlichen Kooperativen KÖY-KOOP. Im Gegensatz zum MHP-Prozeß kann die Anklage keinem der Genannten ein Verbrechen vorwerfen. Man versucht daher, ihre Tätigkeit im Rahmen der demokratischen Rechte und Freiheiten und ihrer Statuten als Verbrechen hinzustellen. Damit geben jedoch die Staatsanwälte stillschweigend zu, daß diese Organisationen mit dem Terror nicht das geringste zu tun haben. Die Verantwortlichen in Ankara sehen offenbar nicht, daß bereits diese Anklagen, die unter demokratischen Verhältnissen völlig gegenstandslos waren, einer Ehrenerklärung für die Betroffenen gleichkommen.

Für uns erweist sich so abermals die Notwendigkeit der Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei, deren politische und moralische Integrität erneut erwiesen worden ist.

Wegen Mord verurteilt — aus der Türkei entkommen

Flucht Agcas von MHP organisiert

In Erzurum wurde der Sympathisant der MHP-nahen Idealistenvereine Timur Selçuk wegen Beihilfe zur Flucht Agcas verhaftet.

Nach seiner Flucht von Istanbul wurde Agca über Ankara nach Malatya gebracht, wo er bei „Idealisten“ und MHP-Anhängern illegal Unterkunft fand. Nach der Festnahme von Personen die Agca im Verlauf seiner Flucht Obdach gewährt hatten, wurde in Malatya eine Armeeoperation durchgeführt, bei der weitere Personen verhaftet wurden: Agca gelang die Flucht von Malatya nach Erzurum.

Der verhaftete Selçuk schildert den Fall folgendermaßen:

Timur Selçuk lernte Agca durch Atilla Çelik kennen, der ihm Ende Januar 1980 telefonisch mitteilte, daß sich jemand in den Iran absetzen müsse, und er, Selçuk, behilflich sein solle. „Atilla kam nach Erzurum, hielt aber den Namen des Menschen, der sich absetzen wollte, geheim. Erst am 1. Februar, gegen 0.30 Uhr, sah ich den Flüchtling in einem Wagen mit Istanbul Kennzeichen und erkannte, daß es Agca war.“

„Agca tötet jeden Denunzianten“

Agca übernachtete im Hause Selçuks in Erzurum und wurde am folgenden Tag von Selçuk und Çelik zur Grenze gebracht und einem Schmuggler übergeben, der dort auf sie wartete.

Selçuk sagt aus, er habe sich an der Flucht beteiligt, weil er eingeschüchtert worden sei. Çelik habe ihm gesagt, Agca sei sehr mißtrauisch und habe bisher jeden getötet, der ihn bei der Polizei angezeigt haben. (Wie Türkei-Informationen berichtete, ermordete M. A. Agca den MHP-Anhänger Ramazan Gündüz, der ihn bei

der Polizei angezeigt hatte).

Timur Selçuk berichtet weiter:

„Atilla hatte mit Agca nach der Flucht telefonisch Kontakt, wo Agca den Wunsch äußerte, in die Türkei zurückzukehren. Atilla verlangte erneut Hilfe von mir. Ich teilte ihm mit, daß ich aufgrund von Überprüfungen nicht behilflich sein könne. Entsprechend war ich nicht daran beteiligt, daß Agca in die Türkei zurückkam. Ich habe jetzt gehört, daß er sich in Europa aufhält.“

100 000 TL von MHP-Funktionär erhalten

Zur Finanzierung der Flucht Agcas hat Selçuk Geld erhalten.

Der ÜGD-Vorsitzende Muhsin Yazicioglu, für den ebenfalls wie für Türkes und weitere 218 MHP-Funktionäre im MHP-Prozeß die Todesstrafe gefordert wird, hat bei seinem Verhör vor der Militär-Anwaltschaft der Kriegsrechtskommandantur in Ankara angegeben, Timur Selçuk 100 000 Lira gegeben zu haben. Muhsin Yazicioglu soll Mitglied im Anka-

ra-Komitee gewesen sein, das die MHP-Jugendorganisation leitete. Hier galt er als Ausbilder mit engen Kontakten zu Türkes. In den Bezirken, in denen er nominiert wurde, koordinierte er die Verbindungen zwischen den idealistischen Organisationen und der MHP, er gab Seminare und war Nachrichtenübermittler der MHP.

Aus der Anklageschrift des MHP-Prozesses geht weiterhin hervor, daß Yazilioglu die finanziellen Einkünfte der Organisation schuf, Waffen besorgte, bei den im Namen der Organisation geführten bewaffneten Aktionen half und militanten Flüchtlingen Unterstützung leistete. Er bestimmte auch, ob diese Personen versteckt gehalten oder ausgeliefert wurden.

Organisierter internationaler Terror

Gelder für die Organisation und deren Aktionen erhielt er unter anderem vom MHP-Hauptkassierer Mehmet Dogan, der ihm 40 000 Lira für illegale Tätigkeiten gab



Agca: Ein gutausgebildeter Terrorist, eine weitverzweigte Organisation

Die Geständnisse Selçuks und Yazicioglus zeigen deutlich, daß die rechten Terroristen in der Türkei ebenso wie die sich im Ausland aufhaltenden, wie der Papsttattäter Agca, mit der MHP in direktem und engem Kontakt stehen. Sie werden eindeutig von leitenden Funktionären der MHP unterstützt. Es bleibt schleierhaft, wie bestimmte Kreise immer noch behaupten können, Terroristen wie Agca seien Einzeltäter. Gerade der Fall „Agca“ spricht für den Fall des organisierten rechten Terrors.

Verbindungen des Terroristen Agca

Nach der Ermordung des bekannten Publizisten Abdi İpekci am 29. Februar 1979 wurde M. A. Agca nach intensiver Fahndung, die der damalige Innenminister der Ecevit-Regierung, Hasan Fehmi Günes, persönlich leitete, in einem Gasthaus festgenommen, in dem ausschließlich MHP-Anhänger zu verkehren pflegen.

Aufgrund der Aussagen von Augenzeugen konnte Agca in wenigen Tagen als Täter überführt werden; er machte schließlich auch ein Geständnis. Obwohl der zugab, ein „Idealist“, ein „Nationalist“ bzw. ein „Rechter“ zu sein, verweigerte er jegliche Angaben über seine organisatorischen Verbindungen und behauptete, auf eigene Faust gehandelt zu haben.

Doch konnte nach und nach, insbesondere nach der Festnahme von Yavuz Çaylan — er war der Fahrer des Fluchtautos nach dem Mord — der Tathergang erhellt werden.

Nachweis 1:

Mordwaffe im MHP-Gebäude abgeliefert

Die Einzelheiten zum Mordgeschehen wurden von Agca, Caylan und Mehmet Sener — dem dritten Mordbeteiligten, der nicht gefaßt werden konnte — gemeinsam geplant. Die

Mordwaffe wurde Agca von Sener übergeben; nach dem Mord begaben sich Agca und Caylan in das MHP-Gebäude in Aksoy, wo Agca die Neun-Millimeter-Pistole wieder an Sener zurückgab. Die Nachrichten im Fernsehen wurden gemeinsam verfolgt.

Diese Darstellung, die Agca und Caylan in dem Mordprozeß gegeben hatten, paßt zu den allgemeinen Erkenntnissen über terroristische Aktivitäten der türkischen Faschisten: Der inzwischen hingerichtete Mehrfach-Mörder M. Pehlivanoglu hatte in einem umfassenden Geständnis erklärt, daß die MHP-Gebäude als Umschlagplatz für die Waffen der Terroristen dienten. Sie wurden für jeden Überfall aus den geheimen Waffenlagern geholt und im MHP-Gebäude an die beauftragten „Idealisten“ übergeben, um nach der Tat dort wieder abgegeben zu werden (Cumhuriyet, 11. 5. 81).

Nachweis 2:

15 Mordüberfälle mit der gleichen Pistole

Eine der noch ungeklärten Probleme im Zusammenhang mit Agca ist sein Fluchtversuch am 5. 11. 1979, doch schon die wenigen Hinweise bezüglich dieses mißlungenen Fluchtversuches zeigen abermals auf die Verbindungen Agcas zu faschistischen Terrorbanden. Unternommen wurde der Versuch im gerichtsmedizinischen Institut bei Sultanahmet (Istanbul), wo sich Agca auf Antrag seines Rechtsanwaltes einer psychiatrischen Untersuchung unterziehen sollte. Unterstützt wurde Agca von einem weiteren „idealistischen“ Häftling, Atilla Serpil, der „zufällig“ im gleichen Transport wie Agca war. Beide zogen während der Untersuchung plötzlich je eine Pistole, die sie nach eigenen Angaben in den Untersuchungsräumen „gefunden“ hatten. Agca und Serpil konnten entwapnet werden; der Fluchtversuch war mißlungen. Der zweite Versuch nach etwa drei Wochen gelang dagegen: M. A. Agca konnte — wiederum mit Hilfe von Gleichgesinnten — aus dem „schwerbewachten“ Militärgefängnis in Begleitung eines inzwischen verhafteten Soldaten unbehelligt hinausmarschieren. Der Öffentlichkeit wurde diese Flucht übrigens erst nach zwei Tagen bekanntgegeben.

Die Hintergründe des ersten Fluchtversuchs konnten bis heute nur ungenügend geklärt werden. Lediglich die Beteiligung der Sanitätssoldaten Osman Alasu (er stammt wie Agca aus Malatya), der die Waffen beschaffte, und S. Atilla konnten festgestellt werden, die eigentlichen Drahtzieher aber blieben unentdeckt, wenn die Hinweise auch eindeutig sind, die zur MHP führen: Die Pistolen, die bei dem Fluchtversuch benutzt wurden — übrigens vom gleichen Typ (9 Millimeter), wie Agca sie bei seinen Einsätzen stets bevorzugte — waren schon bei 15 weiteren Mordüberfällen der Rechtsextremisten benutzt worden, wie ballistische Untersuchungen ergaben (Cumhuriyet, 18. 5. 1981). Offensichtlich gehörten die fraglichen Pistolen zum mobilen Waffenbestand der MHP, der nach Bedarf bei Terrorüberfällen eingesetzt wird. Wenn auch Einzelheiten der organisatorischen Infrastruktur, die diese logistischen Leistungen ermöglicht, im Dunkeln bleiben, kann ihre Existenz kaum angezweifelt werden. Ebenso eindeutig führen die Spuren auch auf Verbindungen in die Bundesrepublik.

Nachweis 3:

Agcas Komplize freigelassen

So wurde nach Presseberichten (Tercüman 25. 5. 1981) am 23. Mai in München ein Türke festgenommen, der unter dem dringenden Verdacht steht, Agca nach seiner Flucht aus der Türkei den gefälschten Paß, der auf den Namen Faruk Özgün ausgestellt worden war, überbracht zu haben. — Bekanntlich wurde Agca nach dem Papsttattat mit diesem Paß verhaftet. Der Beschuldigte hatte selbst zugegeben, Agca in Bulgarien getroffen zu haben, er leugnete jedoch, den gefälschten Paß beschafft zu haben. Die bayerischen Behörden ließen ihn wieder laufen mit der Begründung: selbst wenn der Beschuldigte den gefälschten Paß an Agca übergeben hätte, wäre dies im Ausland erfolgt und ginge daher die deutschen Behörden nichts an.

Dieses Verhalten ist nur noch als skandalös zu bezeichnen. Kann man es als Zufall betrachten, daß jemand, der in München arbeitet, plötzlich nach Bulgarien fährt und dort einen der meist gesuchten Terroristen

Detaillierte Beweise für Terroraktivitäten

Die Auszüge aus der fast 1000 Seiten langen Anklageschrift der Militärstaatsanwaltschaft gegen die MHP, die in der Türkei von der Presse veröffentlicht wurden, bestätigen die Einschätzung der MHP als eine zentral geleitete und konspirativ arbeitende Organisation, die durch Terror und Massenmord einen blutigen Bürgerkrieg anzetteln und auf diese Weise eine faschistische Diktatur errichten will. Zu diesem Zweck gründete man neben der als legale Partei auftretenden MHP („Partei der Nationalistischen Bewegung“) zahlreiche „idealistische Vereinigungen“, die, obwohl nach außen hin unabhängig, in Wirklichkeit unmittelbar den Befehlen des „Führers“ Türkes persönlich zu folgen hatten. Der Begriff „Idealist“ oder „Grauer Wolf“ ist eine Sammelbezeichnung, die alle Mitglieder und Anhänger dieser geheimen Organisation erfaßt.

Aufgrund zahlreicher Dokumente, materieller Beweise und Zeugenaussagen, hat die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara für 229 führende Funktionäre der MHP und der verschiedenen „idealistischen Vereinigungen“ die Todesstrafe beantragt.

Die MHP hat sich von Anfang an insbesondere um die Jugendlichen bemüht. Obwohl es eine offizielle Jugendorganisation der MHP gibt (türkische Bezeichnung: MHP Gençlik Kolları) wurden daneben andere formal unabhängige „idealistische“ Jugendvereine geschaffen, um die Legalität der MHP nicht zu gefährden. Diese Tarnorganisationen wurden je nach Bedarf gegründet und aufgelöst, so daß es für Außenstehende nicht einfach ist, sich einen Überblick zu verschaffen. Das nebenstehende Schema soll dies erleichtern.

Gründung weiterer Tarnorganisationen

Bis 1978 stand unter den Tarnorganisationen der MHP die „Vereinigung

der Idealistenclubs“ (türkische Bezeichnung: Ülkü Ocakları Dernegi — ÜOD) im Vordergrund. Die meisten MHP-Aktivisten waren Mitglieder dieses landesweit organisierten Vereines. Dieser Verein wurde am 22.11.1978 von einem Gericht in Ankara verboten. Für unsere Leser mag es interessant sein zu erfahren, daß der damalige Vorsitzende des ÜOD, Ali Batman, der bei jener Gelegenheit zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde, heute als zweiter Vorsitzender der „idealistischen“ Türk-Föderation mit Sitz in Frankfurt/M., fungiert.

Anstelle der verbotenen „Vereinigung der Idealistenclubs“ (ÜOD) wurden die „idealistischen Jugendvereinigungen“ — türkische Bezeichnung: Ülkücü Genç Dernegi — ÜGD, die vorsorglich 1977 in Konya gegründet worden waren, als neuer Zentralverband ausgebaut.

Als 1979 die Prozesse gegen die „idealistische Jugendvereinigung“ (ÜGD) sich zu sehr gehäuft hatten, wurde eine weitere Tarnorganisation, die „Vereinigung des idealistischen Weges“ (türkische Bezeichnung: Ülkü Yolu Dernegi — ÜYD) gegründet. Die ÜGD wurde von der MHP freiwillig aufgelöst.

„Idealistische Jugendorganisation als Strohhalm“

Der am 8.10.1980 wegen Mordes an fünf Arbeitern in Ankara hingerichtete „Idealist“ Mustafa Pehlivanoglu hatte sich vor seiner Hinrichtung an die Militärstaatsanwaltschaft gewandt und detaillierte Angaben über die Arbeitsweise der MHP und ihrer Terrororganisationen gemacht. Das folgende Zitat aus seinen Enthüllungen ist in diesem Zusammenhang interessant:

„Im Grunde sind die 'idealistischen Jugendvereinigungen' Ableger der MHP, die eine Strohhalmfunktion

erfüllen. Diese Nebenorganisationen arbeiten zusammen und in gegenseitiger Unterstützung mit der Partei ... Alle Vereine, die Ableger der MHP sind, betätigen sich illegal, auch wenn sie sich den Anschein von legalen Organisationen geben.“

(Cumhuriyet, 11.5.1981)

MHP-Morde an prominenten Persönlichkeiten aufgeklärt

Die Anklageschrift der Militärstaatsanwaltschaft in Ankara enthüllt auch die Hintergründe der Mordanschläge auf den ehemaligen DISK-Vorsitzenden Kemal Türkler und den Polizeipräsidenten von Adana, Cevat Yurdakul: Demnach waren beide Morde von MHP-Führer Türkes persönlich angeordnet.

Zur Ermordung von Kemal Türkler wird in der Anklageschrift festgestellt: „Im Juli 1980 besuchten Yılma Durak und Celal Adan Alpaslan Türkes in seiner Villa in Yakacak (Istanbul). Während des Gesprächs vermerkte Alpaslan Türkes, daß die Quelle kommunistischer Aktivitäten der Progressive Gewerkschaftsbund (DISK) sei. Er beendete das Gespräch mit einem Befehl zur Ermordung von DISK-Führern, indem er mit der Hand eine Bewegung (wie beim „Rasenmähen“) nachmachte, während er aufstand. Daraufhin wurde der ehemalige DISK-Vorsitzende Kemal Türkler am 22. Juli 1980 vor seinem Haus in Merter Sitesi ermordet.“

Ermordung auf persönlichen Befehl von Türkes

Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war der auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung hoch angesehene Kemal Türkler Vorsitzender von Maden-Is und hatte zehn Jahre als Vorsitzender des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK gedient.

Kemal Türkler war seit 27 Jahren der Vorsitzende von Maden-Is, die zu den größten Einzelgewerkschaften der Türkei gehört und das Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei darstellt. Türkler hatte bei der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung seines Landes eine maßgebliche Rolle gespielt und galt als einer der hervorragenden Kämpfer für die gewerkschaftliche und politische Einheit der Arbeiterbewegung. Mit sei-

ner Ermordung sollten offensichtlich die Arbeiterbewegung und mit ihr die demokratischen Kräfte des Landes einer ihrer angesehensten Führer beraubt und zu abenteuerlichen Aktionen provoziert werden. Der Faschisten-Führer Türkes, der dieses niederträchtige Verbrechen, wie jetzt feststeht, persönlich anordnete, scheute nach Vollstreckung seines Auftrages auch nicht davor zurück, der Witwe von Türkler zu „kondolieren“, was von dieser entschieden (in gebührender Form) zurückgewiesen wurde.

Anklageschrift gibt detaillierte Auskunft

Zur Ermordung von Cevat Yurdakul, dem erfolgreichen und populären Polizeipräsidenten von Adana,



Führende Graue Wölfe auf Pressekonferenz in Bonn: Serdar Çelebi, İlhan Öner, Ali Batman (v. l. n. r.)

wird in der Anklageschrift ausgeführt: „Als in der MHP-Kreisverwaltung Adana die Gerüchte aufkamen, daß der Polizeipräsident Cevat Yurdakul auf die „Idealisten“ Druck ausübe, wurden diese Behauptungen durch einen Erzhierher aus Ankara in einer übertriebenen Form an Alpaslan Türkes weitergeleitet. In Adana wurde Alpaslan Türkes' Befehl zur Ermordung von C. Yurdakul durch den genannten Erzieher an Hasan Basri Erdem übermittelt. Gemäß dieser Anweisung wurde Cevat Yurdakul am 28. September 1979 in unmittelbarer Nähe seines Hauses in einen Hinterhalt gelockt und ermordet.“

Alein diese beiden Vorgänge, die im weiteren Verlauf der Anklageschrift bis in kleinste Einzelheiten beschrieben werden, belegen in aller Deutlichkeit: Mit ihren zu jeder unmenschlichen Gewalttat gedrillten „Grauen Wölfen“ betrieben die türkischen Faschisten in der MHP einen

systematischen Terror, dem Tausende von Menschen zum Opfer fielen. Dabei hatten die faschistisch-reaktionären Kreise über die Liquidierung der fortschrittlichen Persönlichkeiten und ihren Organisationen hinaus die Ausschaltung jeglicher Opposition gegen ihren Machtanspruch zum Ziel gehabt. Durch Protektion der reaktionärsten Kreise in der Verwaltung und im Polizei- und Armeeapparat konnten sie ein weitverzweigtes Terrornetz aufbauen.

In der vorgelegten Anklageschrift wird nun auch mit unumstößlichen Belegen und Aussagen nachgewiesen, daß dieses Terrornetz über die Grenzen der Türkei hinaus, bis in westeuropäische Länder gesponnen wurde: Allein in der Bundesrepublik werden über hundert „Idealisten-Vereine“ zu MHP-Organisationen gezählt.

Die Verbindungen des Dr. Kannapin zur MHP

Die Anklageschrift gegen die MHP-führer, die in Ankara von der zuständigen Militärstaatsanwaltschaft vorbereitet wurde, enthält auch Angaben über die Aktivitäten und Verbindungen der „Grauen Wölfe“ in der BRD. Schon die Auszüge, die von der türkischen Presse veröffentlicht worden sind (insgesamt ist die Anklageschrift tausend Seiten lang), bestätigen auf beeindruckende Art und Weise die Feststellungen, die die FIDEF seit Jahren bezüglich der „Grauen Wölfe“ und der Türk-Föderation machte.

Da ist zum Beispiel ein Brief des ehemaligen „Hauptinspektors der MHP-Organisationen in Deutsch-

land“, Enver Altaylı, an den „Führer“ Türkes, in dem Altaylı von einem bevorstehenden Gespräch mit einem leitenden Beamten des „deutschen Informationsdienstes des Inneren“ berichtet, der durch den CDU-Politiker Dr. Kannapin vermittelt werden wird. Der betreffende Beamte (ebenfalls CDU-Mitglied) soll in seiner Behörde die für die Türken zuständige Abteilung leiten. Da in dem Brief als Gesprächsort Köln angegeben wird und von Berichten die Rede ist, in denen die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ beurteilt werden, können wir annehmen, daß es sich um das Bundesamt für Verfassungsschutz handelt. Das Treffen sollte dazu dienen, das Amt für eine günstigere Beurteilung der „Grauen Wölfe“ zu gewinnen. Als Termin des Treffens wird der 4. Mai 1976 angegeben.

Wo und wann solche Gespräche tatsächlich stattgefunden haben, auf welcher Ebene mit welcher Regelmäßigkeit sie durchgeführt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Doch ist es bekannt, daß zum Beispiel 1980 das Verfassungsschutzamt von Niedersachsen den „Grauen Wölfen“ völlige Harmlosigkeit bescheinigte.

Wie viele unserer Leser sich erinnern werden, hatte der gleiche Dr. Kannapin die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für Serdar Çelebi (Vorsitzender der Türk-Föderation) und Lokman Kundakçı (Vorsitzender der Türk-Föderation), erwirkt, indem er diese führenden MHP-Funktionäre als „wissenschaftliche Mitarbeiter“ in seinem fiktiven Türkei-Institut angemeldet hat. Offenbar hat sich Dr. Kannapin nicht nur in dieser Angelegenheit um die Belange der türkischen Faschisten verdient gemacht.

Es wäre nun wohl die Aufgabe des Verfassungsschutzes, zu diesen Dokumenten Stellung zu nehmen und insbesondere auch zu klären, wieso es zwischen den Angehörigen einer Terrororganisation und Beamten dieser Behörde zu Gesprächen kommen konnte.

Mehrere Briefe, die der Generalinspekteur der MHP für die Bundesrepublik, Enver Altaylı, aus Paris an den MHP-Vorsitzenden Alpaslan Türkes gesandt hatte, werden im Untersuchungsbericht zitiert. Sie beginnen stets mit der Anrede „Mein hochverehrter Oberst!“ und lauten auszugsweise wie folgt: 11

Altayli an Türkes:

„... Wegen einer unwahren Fernseh- sendung haben wir unsere gesetz- lichen Rechte genutzt und uns über unseren Anwalt, Dr. jur. Bruno Imdahl, an die ARD ge- wandt und die Meldung demen- tiert. Bis heute haben wir keine Klage gegen den WDR (ARD) ein- gereicht. Das Schreiben an den WDR (ARD) wurde mit Absender ‚Hauptvorstand der MHP, Anka- ra-Bahçelievler‘ abgesandt. Das heißt, das in dem von unserem Anwalt äußerst höflich formulier- ten Schreiben weder von der Euro- pa-Organisation der MHP noch von mir selbst auch nur mit einem Wort die Rede ist. So werden auch die aufgeschreckten Leute in Rundfunk und Fernsehen zugeben müssen, daß Sie höchstpersönlich dieses Schreiben veranlaßt haben... Was wir im Moment un- ternehmen müssen, ist die Lancie- rung von Berichten zu unseren Gunsten in verschiedenen Zeitun- gen und, was sehr schwer sein wird, im Fernsehen. In dieser Hin- sicht tut er (? d.Ü.) sein Bestes. Die Bücher, die Sie mir geschickt haben, werden mir bei dieser Ar- beit sehr helfen. Derzeit bereiten wir eine Broschüre vor, die in einer Auflage von 2000 Stück gedruckt werden soll. Die schreibt Dr. Kan- napin selber. Den Inhalt haben wir schon teilweise festgelegt; den Rest legen wir bei unseren Besprechun- gen in den nächsten Tagen fest...“

Am 4. Mai 1976 wird Dr. Kanna- pin nach Köln kommen und mich mit dem Türkei-Referenten des Nachrichtendienstes für das In- land bekanntmachen. Nach Aus- kunft von Dr. Kannapin ist dieser Mann ein CDU-Mitglied und ehe- maliger Offizier. Er soll ein einge- schworener Antikommunist sein... Ich fragte Dr. Kannapin, wie es denn dann möglich sei, daß so negativ über uns geschrieben wird. Ich gebe seine Antwort im Wortlaut wieder: „Unsere Leute erhalten zu diesem Thema Infor- mationen vom MIT (türkischen Geheimdienst, d.Ü.). Mit dieser Sache muß man nicht unseren Leuten, sondern denen vom MIT die Ohren langziehen. Wenn MIT richtig informiert, wenn sie sagen, das sei alles gar nicht so, dann schreiben unsere Leute es auch richtig“... Die antikommunisti- sche Arbeit unter den Türken in 12 Europa wird von uns, der MHP,

geleistet... Die CDU/CSU wird mit Sicherheit eines Tages gezwun- gen sein, der MHP die Hand zu reichen...“

Ein Brief von Türkes an den be- reits genannten „Hauptinspektor der MHP-Organisationen in Deutschland“, E. Altayli, beweist die unmittelbare Verbindung zwi- schen den „Grauen Wölfen“ in der BRD und der MHP-Zentrale in der Türkei. Wie daraus hervor- geht, unterhält Türkes zahlreiche Bankkonten in der BRD, aus de- nen die Beauftragten der MHP ih- re Unkosten bestreiten können.

Es wäre ein leichtes, diese Konten und diejenigen, die dort Geld ab- gehoben bzw. eingezahlt haben, festzustellen. Nicht minder inter- essant wäre es auch, nachzufor- schen, woher diese großen Sum- men, über die Türkes verfügt, ge- kommen sind.

Beziehungen „Graue Wölfe“ zu Islamischen Kulturzentren

● Türkes an Altayli:

Am 22. 7. 1976 schrieb Türkes an Enver Altayli. Diesem Brief ent- stammt das folgende Zitat:

„Ich weiß, daß Ihre Tätigkeit Eure gesamte Zeit in Anspruch nimmt und Euch keine Möglichkeit läßt in einem anderen Beruf Euren Le- bensunterhalt zu verdienen. Eure Aktivitäten, die für unsere Aufga- be sehr nützlich sind, ohne daß Ihr von materieller Not aufgegeben werdet. Deshalb kannst du für Deinen Lebensunterhalt monatlich 2000 Mark von meinem Privatkon- to bei der BfG in Köln abheben. Viel Erfolg, Grüße und Liebe.“

Ein Brief des gegenwärtigen Vor- sitzenden der Türk-Föderation, Serdar Çelebi, an den MHP-Füh- rer Türkes ist geeignet, Aufschluß über die finanziellen Quellen und organisatorischen Verbindungen der „Grauen Wölfe“ zu geben. Darin wird über ein Gespräch be- richtet, das S. Çelebi mit Harun Resit Tüylüoğlu (Hauptimam der Islamischen Kulturzentren — IKZ) führte und um eine Spende in Hö- he von 100 000 Mark bat. Dieser Brief bestätigt,

○ daß die Türk-Föderation eng mit den islamischen Kulturzentren zusammenarbeitet;

○ daß die IKZ eine Organisation der in der Türkei verbotenen „Süleymançilar-Sekte“ ist und an die Weisungen von deren Ober- haupt (Kemal Kaçar) gebunden ist

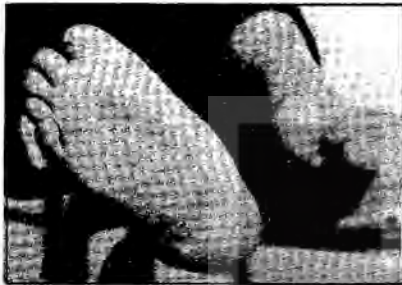
● Çelebi an Türkes

„Mein Führer! Wie Ihnen be- kannt ist, gibt es als verlängerten Arm der Korankurse in der Türkei in Deutschland die Islamischen Kulturzentren. Diese Organisation ist in der Türkei Herrn Kemal Kaçar unterstellt. Ihr hiesiger Vor- sitzender ist Harun Resit Tüylüoğlu aus Çayeli, Provinz Rize. Achtzig Prozent der Mitglieder dieser Or- ganisation sind unsere Freunde (soll heißen, Mitglieder der MHP, d.Ü.). Da sie auf dem Wege Got- tes ihren Dienst versehen und Ge- legenheit für den Unterricht des Heiligen Korans bieten, müssen wir diesen Zustand tolerieren. Ich ha- be aber bemerkt, daß diese unsere Haltung hin und wieder ausge- nutzt wird und unsere Freunde vor allem in materieller Hinsicht, sehr stark davon profitieren. Ich hielt es für nötig, einen Zustand zu schaffen, der für unsere Aufgabe günstig ist, und auf die gesündeste Art und Weise zu einer Lösung zu kommen. Vor allem muß ein sehr stark empfundener Mangelzu- stand beseitigt werden, indem amtlich geprüfte Glaubensleute nach Deutschland entsandt wer- den. Bis das verwirklicht ist, halte ich es für angebracht, einige For- derungen an sie (gemeint sind die Islamischen Kulturzentren, d.Ü.) zu richten. . . In diesem Sinne traf ich mich am Donnerstag, d. 28. 6. 1979, in Köln mit Herrn Harun Resit. In sehr wohlgesetzten Wor- ten erklärte ich ihm, daß wir 100 000 Mark bräuchten. Er sagte mir, daß sie jederzeit zur Hilfe für uns bereit seien, aber im Moment kein Geld hätten. Er regte aber an, die Frage unbedingt Herrn Kemal Kaçar vorzulegen. Wenn Herr Ke- mal sage, man solle den Bedarf decken, dann würden sie schon ir- gend etwas unternehmen, um das Geld irgendwie aufzutreiben, und es uns umgehend zukommen zu lassen. Wenn Sie, mein verehrter Führer, es für richtig halten und Herrn Ke- mal anrufen, um ihm zu sagen, daß dieser Bedarf unserer Freunde in Deutschland gedeckt werden solle, dann bin ich davon über- zeugt, daß das auch geschehen wird...“

Entgegen den offiziellen Behauptungen:

Folterungen bleiben ungeahndet

Unbehinderte Folterpraxis



Die wachsende Entrüstung im In- und Ausland über die Folterpraxis in der Türkei hat die Verantwortlichen zu wiederholten Stellungnahmen in dieser Angelegenheit gezwungen. Selbst General Evren und Ministerpräsident Uluşu kamen nicht mehr umhin, zuzugeben, daß Folterungen geschehen, allerdings beziehen sie die Position, daß erstens schon immer Folterung praktiziert worden sei und daß zweitens diese Folterungen aufgrund eigenmächtiger und gesetzeswidriger Verhaltensweisen von untergeordneten Polizeibeamten praktiziert würden.

Bekanntlich hatte auch die Delegation des Bundestages, die die Türkei besuchte, diesen Standpunkt übernommen, ohne auch nur mit einigen Betroffenen gesprochen zu haben. Sie erklärten nach ihrer Rückkehr, es gäbe keine „systematische“ Folter in der Türkei. Dieser Erklärung kann man nur insofern zustimmen, als die staatlichen Stellen in der Türkei sich in vielen Bereichen schwer tun, systematisch vorzugehen. Bezogen auf das Ausmaß von Folterungen stimmt sie nicht: Dieses ist nämlich sehr hoch, wie die Berichte von amnesty international zeigen. Auch bezogen

Die Folter ist verbreitet und systematisch

ADANA — Folterort: Geschlossene Strafanstalt Adana. Oberfolterer: Ein Mayor, Polizeidirektor Oral Cig, Polizeiobermeister Sadik Topuz, Demir Yakiner. Folterer: Die stellvertretenden Polizeimeister Ahmet Ortunck, Süleyman Ates, Polizisten Osman Özasan, Ünal Büyüker, Kamil Döven, Serafettin Öztürk, Gülsen Akarsu.

ANKARA — Folterort: Polizeischule Yusuf Kahraman, Sondermilitärgefängnis der 4. Armeekorps Mamak, Kommandantur des Schul- und Ausbildungszentrums der Kommunikationstruppe. Oberfolterer: Polizeimeister Kemal Yazicioglu (Rufname Doktor Kemal). Folterer: Polizeimeister Ridvan Güler, die stellvertretenden Polizeimeister Tuncay Yagmur, Mustafa Haykiris, Enver Göktürk. Anwesende bei den Folterungen: Polizeipräsident Ünal Erkan, stellvertretender Polizeipräsident Ali Akan, Chef des 1. Kommissariats Azmi Serin.

CANAKKALE — Folterort: NAGDE-automatischer Radar der 1. Luftkontrollgruppe der Luftwaffe bei der Kommandantur der 1. taktischen Luftwaffe.

DIYARBAKIR — Folterort: Das Haus hinter dem Gebäude des Armeekorps, von dem Kriegsverkehrsgericht Seyrantepe 100 Meter entfernt.

GEBZE — Oberfolterer: Polizeidirektor (ehemaliger Bürgermeisterkandidat der MHP in Bolu).

GIRESUN — Folterort: Das neue Polizeipräsidium, Bezirksdirektion der Verkehrspolizei.

GÖLCÜK — Folterer: Oberfeldwebel Zülfikar aus Caycuma, Polizeimeister Erdal, Polizist Mehmet.

ISTANBUL — Folterort: Die Wetterstation Erenköy, Militärgefängnis der Marineinfanterieeinheit Beykoz-Kabakoz, Hauptquartier der 6. Infanteriedivision Hasdal, Kaserne der 66. motorisierten Division metris, Hauptquartier der 23. Infanteriedivision Alemdag. Oberfolterer: Oberfeldwebel Oktay Ötdogan in Kabakoz. Folterer: „Unteroffizier Osman“, „Ataman“.

IZMIR — Folterort: 6. Stock des Polizeipräsidiums in Cankaya.

Oberfolterer: Von der CIA ausgebildeter Muhsin Zincibi.

KOCAELI — Folterort: An die 15. Division angeschlossene Feldraketeninheit in Köseköy und die Kaserne des motorisierten Regiments der 2. Infanteriedivision in Seymen.

MERSIN — Folterort: Das dreistöckige Gebäude an der (Straße) Havayolu gegenüber den Militärwohnheimen und das Polizeirevier.

SÖKE — Oberfolterer: Osman und Bahattin (Zivilpolizisten). Aus Aydin werden Folterexperten herbeigeschafft.

TARSUS — Folterort: Borsa-Palast und Rasim Baumwollverarbeitungswerk. Oberfolterer: Polizeidirektor Öztürk Simsek. Folterer: Polizeimeister Vehbi Agirbasli, Yüksel Senol, Polizisten Yusuf Demir, Hasan Cetinbas, Müstak Ocak, Sefer Er, Adil Altinsoy, Veli Yesilgöl, Ali Ciftci, Nusret Celik.

TRABZON — Folterort: Bezirksdirektion der Verkehrspolizei bei der Ausfahrt Akcaabad.

VAN — Oberfolterer: Mayor Cengit.

Aus ATILIM, Zeitschrift der TKP, vom 1. April 1981.

auf die „Ranghöhe“ von Folterern stimmt die Feststellung nicht, wie auf der nebenstehenden Dokumentation ersichtlich, die der Zeitschrift der TKP „Atılım“ entnommen wurde

Wie glaubwürdig nun ist die Erklärung von General Evren einzustufen, er werde jedem Vorwurf von Folterung nachgehen, jeden Fall strafrechtlich verfolgen lassen? Diese Erklärung wurde im Ausland mit Erleichterung von den Kräften vernommen, die die Junta befürworteten, aber die Tatsache der Folterpraxis nicht mehr leugnen konnten.

Nun, tatsächlich wird in der Türkei gegenwärtig jeder, der auf einen Fall von Folter hinweisen will, mundtot gemacht. Als Beispiel sei hier der Fall des Ercan Koca erwähnt, der am 14. Dezember 1980 in Ankara zu Tode gefoltert worden war. Die Eltern forderten bei den Militärbehörden, daß über die Hergänge, die zum Tode führten, Nachforschungen angestellt werden. Sie wurden daraufhin festgenommen.



Folterberichte – nur Verleumdungen?

Eltern von Folteropfer wurden festgenommen

Bekannt geworden sind auch die zeitweiligen Publikationsverbote und Einstampfung von Auflagen von Zeitungen, die Andeutungen über die zahllosen Folterberichte bringen. Die Tageszeitung Cumhuriyet zum Beispiel wurde für zehn Tage geschlossen, als sie ein wenig ausführlicher über den Foltertod des Verlegers İhan Erdost als andere Zeitungen berichtete. Die Zeitschrift „Arayış“ —

vom ehemaligen CHP-Vorsitzenden Ecevit herausgegeben — wurde die Auslieferung ihrer Nummer am 4. April verboten, in der ein Artikel mit der Überschrift „Folterungen“ von einigen Fällen berichtete.

Im übrigen hat die Junta schon wenige Wochen nach der Machtübernahme sich ein Gesetz geschaffen, um gegen solche Zeitungsberichte zum Beispiel vorgehen zu können. In diesem Gesetz wird die Propagierung von „beunruhigenden Nachrichten“ und die „Verleumdung von staatlichen Behörden“ unter schwere Strafen gestellt: diese Strafen werden noch verschärft, wenn die „Verleumdung“ gegenüber Ausländern geübt wird.

Geringes Strafmaß für Folterter

Ganz und gar nicht scharf sind demgegenüber die Strafen, die Folterern drohen, sollte sich ausnahmsweise ein Prozeß doch nicht vermeiden lassen. Die Staatsanwälte beantragen äußerst milde Strafmaße: so zum Beispiel zur Zeit im Prozeß gegen Polizeibeamte in Ankara, die Ibrahim Eski zu Tode folterten und für die Anträge zwischen drei Monate und drei Jahre lauten.

Daß eine Regierung sich nicht zu Folterungen bekennt, ist letztlich nicht verwunderlich: Es dürfte zur Zeit kein Regime auf der Welt sich dazu bekennen, Verdächtige zu foltern. Wie ernst allerdings gegen solche Praktiken vorgegangen wird von Seiten einer Regierung, das läßt sich an den Maßnahmen ablesen, die zur Aufdeckung und Bestrafung solcher Praktiken unternommen werden. Solche Maßnahmen wären an erster Stelle:

- der demokratischen Öffentlichkeit des In- und Auslandes einen Besuch der Häftlinge ermöglichen
- das Strafmaß mit dem Tatbestand, nämlich Mord, ausrichten
- Berichte über Folterpraxis unter Strafschutz stellen
- Einstellung der Möglichkeit, Verdächtige ohne Gerichtsurteil festhalten zu können.

Solange diese Mindestmaßnahmen von der Junta nicht ergriffen werden, gibt es keinen Anlaß, aufzuatmen, wenn einer der Militärregierung Versprechungen macht, Folterungen zu ahnden.

Im Vorfeld des angekündigten Massenprozesses gegen DISK, der den Berichten der rechten türkischen Presse zufolge mehr als 2000 Angeklagte umfassen soll, werden die DISK-Funktionäre auch von den zivilen Gerichten verurteilt. Während die Militär-anwaltschaft die Ermittlungen — offensichtlich aufgrund des fehlenden Beweismaterials — seit nunmehr als acht Monaten nicht abschließen konnte, läuft gegen DISK bei der 4. Strafkammer Istanbul eine Klage wegen der landesweiten Arbeitsniederlegungen am 30. April 1979.

Wie die Türkei-Informationen bereits berichteten, waren am 24. April 1979, einige Tage vor dem 1. Mai, in den Zentren mehrerer Gewerkschaften und demokratischer Organisationen Razzien durchgeführt und zahlreiche Personen festgenommen worden. Daraufhin hatte der Vorstand des DISK in einer außerordentlichen Sitzung eine landesweite Arbeitsniederlegung beschlossen, die auch die Unterstützung von fast allen demokratischen Organisationen fand. Wie es der Presse zu entnehmen ist, wird diese gewerkschaftliche Aktivität unter anderem Gegenstand des DISK-Prozesses sein, der vor dem 3. Kriegsrechtsgericht geführt wird. Die Anwälte der DISK-Vorstandsmitglieder machten das Gericht auf diese Tatsache aufmerksam. Erst danach wurde der Prozeß am 30. März 1981 ausgesetzt, bis die Anklageschrift der Militär-anwaltschaft vorliegt.

In einem anderen Verfahren, das durch das Arbeitsgericht Bakırköy (Ortsteil von Istanbul, in dem sich die DISK-Zentrale befindet) geführt wird, geht es um die Auflösung der Organisation. Dieser Prozeß war bereits unter der Demirel-Regierung eröffnet, es wurde dem DISK unter anderem Zuwiderhandlung gegen Paragraph 141 des türkischen Strafgesetzbuches (siehe dazu Türkei-Informationen, Feb.-März 1981), gegen die Paragraphen 274 und 275 des Gesetzes über die Gewerkschaften und Paragraph 171 des Demonstrationsrechts vorgeworfen. Ferner wurden auch Reden und Beschlüsse als Verstoß gegen die bestehenden Gesetze gewertet.

In seiner Verteidigungsrede sagte der Vorsitzende des DISK, Abdullah Bastürk: „Diese Klage wurde nicht deshalb erhoben, weil eine ungesetzliche Aktion, ein Beschluß oder ein Plan des DISK als eine Arbeiterkonföderation der DISK-Funktionäre nachträglich festgestellt und entlarvt

In „Untersuchungshaft“ seit September

wurde. Diese Klage stützt sich auch nicht auf eine Tat oder eine Aktion. Vielmehr wurde diese Klage eröffnet, indem aufgrund der Ansichten der DISK-Funktionäre, die sie seit Jahren in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen, bei den Tarifverhandlungen, bei den Veranstaltungen und Kundgebungen, das heißt in der Öffentlichkeit, vor allen Augen offen dargelegt haben, aufgrund der vollständigen Verteidigung der Interessen unseres Landes und aufgrund der Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Arbeiter in ihrer Gesamtheit, ihren Ansichten und ihre Aktionen nachträglich beschuldigt wurde.“

Der Staatsanwalt sah in dieser Rede eine angebliche Beleidigung der Staatsanwaltschaft und forderte den Text der Verteidigung Bastürks an. Das Gericht beschloß trotz des Protestes der DISK-Anwälte, den Text strafrechtlich untersuchen zu lassen, falls es die Staatsanwaltschaft für erforderlich hält. Davor war das Ersuchen der 49 DISK-Anwälte, darunter der ehemaligen Innenminister H. F. Günes, den Prozeß in Ankara stattfinden zu lassen, abgelehnt worden; auf dem 7. Kongreß des DISK war beschlossen worden, die DISK-Zentrale nach Ankara zu verlegen.

In seiner Verteidigung nahm Bastürk auch zu den Beschuldigungen Stellung: „DISK lehnte die Anarchie und den Terror auf unmißverständliche Weise ab. Während die DISK-Mitglieder vom Arbeiter in der Fabrik bis zum ehemaligen Vorsitzenden zur Zielscheibe der faschistischen Kugeln wurden, rief DISK die zuständigen Personen und Institutionen bei jeder Gelegenheit zum Kampf gegen die Anarchie und den Terror auf.

DISK war auch nicht verantwortlich für die ökonomische Krise, in der sich das Land befand. Die Werktätigen können nicht für diese Krise verantwortlich gemacht werden. Entsprechend bewies die Zeit nach dem 12. September, in der die Arbeiterbewegung nicht existiert und die Lohn-

fragen auf eine andere Art gelöst werden, daß die Arbeiter nicht wegen ihrer angeblich hohen Löhne und ihrer Streiks für die ökonomische Krise verantwortlich gemacht werden können.

DISK war bereits seit seiner Gründung ein entschiedener Verfechter der nationalen Unabhängigkeit und der Demokratie. Aus diesem Grund stellte er sich gegen den Imperialismus und Faschismus, verteidigte aktiv den Frieden. Wir haben stets alles deutlich gesagt, geschrieben und in die Tat umgesetzt. Die Grundeigenschaften des DISK sind: Massenorganisation, Klassenorganisation, demokratische Organisation und unabhängige Organisation. Alles, was wir gedacht und getan haben, taten wir deshalb, weil dies den Gesetzen entsprach und weil wir dieser Meinung waren. Wir betonen deutlich, daß unsere Ansichten und Aktionen keine strafbaren Handlungen sind.

Wir sind stolz darauf, Mitglieder und Funktionäre des DISK zu sein, die heute deshalb auf der Anklagebank sitzen sollen, weil sie in der Türkei im allgemeinen für die Verwirklichung demokratischer Rechte und Freihei-

ten und insbesondere für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten eingetreten sind. Die Geschichte ist der höchste Richter. Die Geschichte und unsere Arbeiterklasse werden DISK freisprechen. Wir glauben, daß auch die unabhängigen Justizorgane uns freisprechen werden.“

An der Verhandlung nahm auch der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Jon Ivar Nalund, teil. Der EGB hatte zuvor den Antrag der Türk-Is auf Mitgliedschaft abgelehnt und die Behandlung des Antrages des DISK verschoben, weil die Tätigkeiten des DISK suspendiert wurden und seine Leitung sich in Haft befindet.

Wie der DISK-Vorsitzende in seiner Rede zur Verteidigung deutlich formulierte und die Türkei-Informationen ständig wiederholten, lehnte DISK den Terrorismus, ob von rechts oder von „links“, ab.

Die Funktionäre des Progressiven Gewerkschaftsbundes (DISK) werden seit dem Militärputsch am 12. September 1980 mit äußerst fragwürdigen Begründungen festgehalten. Unmittelbar nach dem Putsch waren



DISK-Vorstand bei einer Sitzung mit seinem Vorsitzenden A. Baştürk (m.) vor Inhaftierung durch Junta.

eine Unzahl von gewerkschaftlichen Funktionsträgern wie Vorstandmitglieder des DISK und seiner Einzelgewerkschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute verhaftet. Über die Festnahme von Gewerkschaftern hatte die Presse aufgrund der Zensur nur sehr beschränkt berichtet, so daß nur von der Verhaftung bzw. Festnahme von 500 Gewerkschaftern die Rede war, wobei die rechte türkische Presse im Zusammenhang mit dem anstehenden DISK-Prozeß geschrieben hatte, er sei der größte Prozeß der Justizgeschichte mit mehr als 2000 Angeklagten.

Haftentlassungen von Gewerkschaftern abgelehnt

Von diesen 500 leitenden Gewerkschaftsfunktionären sollen zuerst 85 verhaftet und die übrigen wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Einige Tage später wurden jedoch weitere 210 Gewerkschafter aufgrund des Einspruchs der Militär-anwaltschaft erneut verhaftet. Nach offiziellen Angaben sollen sich zur Zeit 295 hohe DISK-Funktionäre in Haft befinden. Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß diese Zahl nicht der ganzen Wahrheit entspricht, denn nach den Berichten in den Zeitungen über die Verhaftung von 295 Gewerkschaftern wurden weitere Gewerkschafter verhaftet, über die zum Teil auch die Presse berichtet hatte.

Ein Antrag der Verteidiger (49 angesehene Anwälte des Landes) für die Freilassung der verhafteten Gewerkschaftsfunktionäre aufgrund der nicht vorhandenen Fluchtgefahr wurde von dem Militärgericht in Istanbul am 31. April 1981 abgelehnt. Das 3. Kriegsrechtsgericht entschied mit der Begründung für die Ablehnung, daß die Gesetzesverstöße, wegen der die Gewerkschafter verurteilt werden, nicht für die Aufhebung des Haftzustandes geeignet seien. Ferner habe man die Ermittlungen noch nicht abschließen können.

Familien der Verhafteten zum Hungern verurteilt

Nach der Suspendierung der Gewerkschaften wurden auch ihre Bankkonten gesperrt. Die Militärbehörden er-

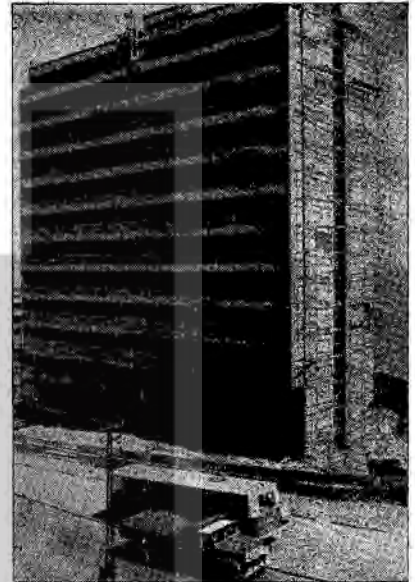
nannten sogenannte Kuratoren, die die Geschäfte der Gewerkschaften führen sollten. Eine der ersten ihrer Maßnahmen war die Entlassung aller hauptamtlichen Funktionäre bis auf ein kleines Verwaltungspersonal. Den Weiterbeschäftigten wurde bis heute kein Gehalt ausgezahlt und den entlassenen Gewerkschaftern die zustehenden Abfindungen verweigert, abgesehen davon, daß die Entlassungen nicht rechtmäßig sind. Weder die entlassenen Gewerkschafter noch die Familien der Verhafteten DISK-Funktionäre verfügen über Einkünfte. Auch die Abgabe der Spenden, die sowohl im Lande als auch durch die internationale Solidarität aufgebracht werden, werden durch die Militärbehörden verhindert mit der Begründung, daß die Unterstützung dieser Familien die Unterstützung einer illegalen Organisation bedeuten würde. Diese Herangehensweise der Kriegsrechtsbehörden wurde durch die Pressemeldungen bestätigt. So schrieb die Tageszeitung Cumhuriyet am 11. Februar 1981, daß der CHP-Senator aus Edirne, S. Sirri Ergun, der ehemalige Kreisvorsitzende der CHP in Adana und Mitglied der Provinzversammlung der CHP, Salim Bozkurt, und Mitglied des Provinzvorstandes der CHP und Stadtrat Saim Mutlu von der Kriegsrechtsbehörde in Edirne festgenommen wurden, weil sie die Frau des Kreisvorsitzenden der DISK-Gewerkschaft Textil finanziell unterstützt haben. Trotz aller Verhinderungsmaßnahmen lassen jedoch die Arbeiter die Familien ihrer verhafteten Kollegen nicht im Stich.

Gewerkschaftliche Einrichtungen werden „verstaatlicht“

Obwohl noch keine Entscheidung im DISK-Prozeß fiel und nach übereinstimmender Rechtsauffassung in allen halbwegs demokratischen Ländern von der Unschuld der Angeklagten auszugehen ist, können die staatlichen Institutionen den Abschluß der Verhandlungen nicht abwarten. Nach der Vermietung der Bildungseinrichtungen der DISK-Gewerkschaft Genel-Is (Gewerkschaft der öffentlichen Dienste), die Mitglied der Internationale der Öffentlichen Dienste ist, deren Vorsitz Heinz Kluncker inne hat, in Ören bei Izmir an ein Tourismusunternehmen, wer-

den jetzt Ansprüche der staatlichen Stellen für weitere gewerkschaftliche Einrichtungen geltend gemacht.

Die Tageszeitung Cumhuriyet meldete am 27.4.1981, daß das Statistische Amt (DIE) beim Ministerpräsidium die Verstaatlichung des noch im Bau befindlichen Genel-Is-Zentralgebäude in Ankara beantragt hat. Dieser Antrag wurde nach der Überprüfung durch das Bauamt dem Stadtverwaltungsrat vorgelegt. Das Statistische



Genel-Is-Zentrale in Ankara – bald verstaatlicht.

Amt gab bekannt, daß mit den Verstaatlichungsformalitäten bereits im März begonnen wurde und diese sich in der Schlußphase befinden. Für den Bau hatte die Gewerkschaft Genel-Is bis zu seinem Verbot 120 Millionen TL (ca. drei Millionen Mark) ausgegeben. Neben dem Statistischen Amt sollen auch das Staatliche Planungsamt (DPT), Anadolu Nachrichtenagentur (AA), Rundfunk und Fernsehanstalten der Türkei (TRT), das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit und die Bank für Tourismus Antrag auf räumliche Nutzung gestellt haben.

Es wird ferner berichtet, daß das Gebäude der Gewerkschaft Lastik-Is in Istanbul, in dem auch die DISK-Zentrale untergebracht ist, in eine Schule umgewandelt wird. Das Vermögen der DISK-Gewerkschaften, das die Arbeiter von ihren bescheidenen Mitteln erarbeitet haben, damit die Gewerkschaft als ihre ökonomische und demokratische Interessenvertretung gestärkt wird, dient jetzt entweder den Unternehmen als billig gemietete Einrichtungen oder dem mittellosen Staat als schnelle Hilfe für die nicht finanzierbaren notwendigen Projekte.

„Schwere Verletzungen der gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei“

Nach dem Weltgewerkschaftsbund (WBG) setzte sich auch der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) für die Aufhebung der Unterdrückung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei ein. Nach einer Reise in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des IBFG vom 6. bis 10. April 1981 in die Türkei gab Otto Kersten eine Erklärung ab. Diese Erklärung wurde in dem Bulletin des IBFG, den „Internationalen Gewerkschaftsnachrichten“ vom 13. April 1981 auszugsweise veröffentlicht. Wir drucken den Artikel von IGN im Wortlaut ab:

Die herrschenden Militärs in der Türkei haben vielleicht ihr unmittelbares Ziel, nämlich die Beendigung der Gewalttätigkeit in den Straßen, erreicht, aber dies geschah zu Lasten einer völlig unannehmbaren Unterdrückung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte. Zu dieser Schlußfolgerung ist die Mission gelangt, die der Internationale Bund Freier Gewerkschaften vom 6. bis 10. April in die Türkei entsandt hatte. Geführt wurde diese Mission vom IBFG-Generalsekretär Otto Kersten. Sie wird der nächsten Vorstandssitzung des Bundes zu Anfang Juli einen ausführlichen Bericht vorlegen.

„Kollektivverhandlungen sind in der Türkei nicht mehr möglich. Die Löhne werden von einem Obersten Schiedsrat festgelegt, in dem die Arbeitnehmer völlig unzureichend vertreten sind. Tatsächlich hinken die Löhne auf Beschluß dieses Rats hinter der jetzigen Inflationsrate her — und dies obgleich die Inflation zurückgeht. Aber nicht nur die Kollektivverhandlungen sind ausgesetzt worden. Rechtmäßig konstituierte Gewerkschaften, darunter der DISK-Verband und seine Mitglieder, sind suspendiert worden und die Rechtsbehörden haben sogenannte „Kuratoren“ für die Führung der Geschäfte eingesetzt. Praktisch alle Funktionäre der DISK erwarten im Gefängnis einen Prozeß unter unbestimmten verallgemeinerten Anklagen. Gegen sie wurden keine eindeutigen Beschuldigungen erhoben. Angehörige

und Verteidiger dürfen die Gefangenen nur einmal alle vierzehn Tage besuchen und dann unter unmöglichen Verhältnissen, die es den Rechtsanwälten nicht gestatten, eine entsprechende Verteidigung vorzubereiten. In jedem Besuchsraum befinden sich etwa 60 Gefangene, die von den Besuchern durch zwei Stacheldrahtzäune getrennt sind, über die sie hinwegschreien müssen, damit man sie versteht.“

Aus politischen Gründen wird keine Folter angewandt, doch erhielt die Mission überzeugende Berichte über schwere Mißhandlungen, die keine körperlichen Spuren hinterlassen. Ein Beispiel ist die Behandlung, die DISK-Präsident Abdullah Bastürk erfahren hat: Er soll während eines Verhörs, das fünf Tage dauerte, mit verbundenen Augen an einen Stuhl gefesselt gewesen sein. Gefangene können jetzt ohne Anklage bis zu 90 Tage festgehalten werden. Außerdem wurden neue „Rechtstricks“ eingeführt, die es ermöglichen, diesen Zeitraum fast unbeschränkt auszuweiten, erklärte Kersten.

Einige Gewerkschaftsfunktionäre wurden von „Kuratoren“ entlassen und die Gehaltszahlung für alle inhaftierten Funktionäre eingestellt. Damit sind ihre Familien ohne finanziellen Rückhalt, doch blockieren die Behörden alle Versuche innerhalb des Landes, solidarisch Hilfe zu leisten mit der Begründung, dies stelle eine Unterstützung für illegale Organisationen dar. Der IBFG wird daher Wege prüfen, um diesen Familien Hilfe zukommen zu lassen.

„Nach Ansicht des IBFG“, erklärte Kersten, „kann es keinen ausreichenden Grund dafür geben, Gewerkschaften zu suspendieren, einschließlich DISK und ihre Mitgliedsgewerkschaften. Diese Maßnahme und die Verhaftung von Gewerkschaftern stellen eine schwere Verletzung der Gewerkschaftsrechte dar.“ Die Mission empfiehlt dem IBFG, beim IAA eine offizielle Klage gegen die türkische Regierung einzureichen.

Die Mission traf in der Türkei unter

anderem den Premierminister Bülent Ulusu, den Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrates, H. Saltik, und den Arbeitsminister Turhan Eşener. Allen wurde eindringlich nahegelegt, daß es unbedingt erforderlich ist, rasch zur Demokratie zurückzukehren und die Gewerkschaftsfreiheiten zu achten.

Auf Gewerkschaftsseite traf die Mission mit Funktionären der IBFG-Mitgliedsorganisation Türk-Is, mit Funktionären von vier ihrer Mitgliedsgewerkschaften und von einer Mitgliedsgewerkschaft der DISK zusammen. Sie hatte auch Unterredungen mit gesetzlichen Vertretern der DISK, die betonten, daß der IBFG der Wiederherstellung der Demokratie förderlich wäre, wenn er seine derzeitigen Verbindungen mit der Türkei aufrechterhalte. Die Mission traf auch die Familien von verhafteten Gewerkschaftern und eine leitenden Funktionär der DISK-Gewerkschaft, der auf freien Fuß gesetzt worden war.

In einer Diskussion mit dem Vorsitzenden des Lenkungsausschusses der Türk-Is hob die Mission neuerlich die vom IBFG-Vorstand geäußerte Besorgnis darüber hervor, daß „ein Funktionär der Türk-Is ein Amt in einer Regierung innehat, die von den Militärs eingesetzt worden ist.“ Die Mission konnte auch feststellen, daß man allgemein erkannt hatte, es wäre dringend nötig, in dieser Hinsicht etwas zu unternehmen, um jeden Verdacht zu zerstreuen, daß Türk-Is sich dem Diktat einer undemokratischen Regierung unterwerfen könnte. Gleichzeitig wird festgehalten, daß die Türk-Is und die Mitgliedsgewerkschaften ebenfalls unter drastischen Einschränkungen zu leiden haben, die von den gegenwärtigen Machthabern auferlegt worden sind.

Als die Mission auf die Erlaubnis drang, verhaftete Gewerkschafter zu besuchen, wurde ihr entgegengehalten, daß man sich genau an den Buchstaben des Gesetzes halten müßte. Die Regierung erklärte, sie sähe sich außerstande, richterlichen Verordnungen zuwiderzuhandeln. ● 17

Prozesse gegen TÖB-DER und KÖY-KOOP haben begonnen —
Haftstrafen bis zu 17 Jahren beantragt

Angeklagt wegen Wahrnehmung demokratischer Rechte



KÖY-KOOP: Die Monopole dulden die selbständige Organisierung der Bauern nicht.



KÖY-KOOP-Prozeß

In dem am 7. Mai eröffneten Prozeß gegen KÖY-KOOP (Landwirtschaftliche Genossenschaften) vor dem zweiten Kriegsrechtsgericht in Ankara forderte der Militäranwalt gegen die Funktionäre der Organisation Haftstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren. Unter den Verhafteten befinden sich Nedim Tarhan, Vorsitzender der KÖY-KOOP und ehemaliger Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei (CHP) von Adana und weitere sieben Vorstandsmitglieder.

KÖY-KOOP war 1971 als erste Bauernorganisation in der Türkei durch den Zusammenschluß von 2380 landwirtschaftlichen Bauerngenossenschaften gegründet. Sie setzte sich für die Interessen der kleinen und mittleren Bauern ein, die mit den Interessen der Großgrundbesitzer nicht vereinbar sind. KÖY-KOOP bemühte sich, den Bauern preisgünstige Landwirtschaftsmaschinen, Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel zu besorgen. Ferner half sie ihnen, ihre Produkte zu vermarkten und wollte sogar eine Landwirtschafts-

bank gründen, damit die Bauern nicht gezwungen waren, Kredite zu Wucherzinsen von privaten Bankiers oder von den Wucherern zu beziehen. Die staatlichen Banken gewährten Kredite nur moderaten kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmen. Aufgrund ihres konsequenten Einsatzes für die Interessen der Bauern, konnten sie innerhalb relativ kurzer Zeit zwei Millionen Mitglieder gewinnen.

Anklage gründet auf vagen Behauptungen

Auch der KÖY-KOOP wird der Verstoß gegen den berühmten Paragraphen 141 des Türkischen Strafgesetzbuches vorgeworfen. In der Anklageschrift versucht der Militäranwalt KÖY-KOOP als eine von Kommunisten gelenkte Organisation zu kriminalisieren, weil ihre Forderungen denen der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) für den Bereich der Landwirtschaft entsprechen. In der Türkei ist die KP seit 59 Jahren verboten und jeder Organisation die ähnliche oder gleiche Forderungen aufstellt, wird Zusammenarbeit mit ihr und somit mit einer illegalen Organisation vorgeworfen. Das heißt dann: Verstoß gegen den § 141 des Türkischen Strafgesetzbuches. Ein wörtlicher Auszug aus der Anklageschrift belegt diese Tatsache: „Es gibt zwischen KÖY-KOOP und der

TKP eine Zwecks- und Aktionsgemeinschaft“.

Ein Dorn im Auge der Großgrundbesitzer

In seiner neun Seiten umfassenden Verteidigung ging der Vorsitzende der KÖY-KOOP (Tarhan) auf die einzelnen Vorwürfe ein. Er machte keinen Hehl daraus, daß sich die Anklageschrift in wesentlichen Punkten auf die verleumderischen, von jeder Sachlichkeit entfernten Behauptungen von früheren KÖY-KOOP-Funktionären stützt. Sie waren von den Bauern abgewählt, weil sie die Interessen der Bauern ihren persönlichen Vorteilen untergeordnet und die Gelder der Organisation veruntreut hatten.

Die Realität belegt die Worte Tarhans. Tatsächlich war KÖY-KOOP den Großgrundbesitzern und den Monopolen, die die Produkte der Bauern zu minimalen Preisen abnahmen bzw. verhinderten, daß sie ihre Felder selbst bestellten, ständig ein Dorn im Auge. Aber nicht nur ihnen; auch den Vertretungen der ausländischen Großunternehmen in der Türkei. Denn ihnen fiel es immer schwerer, zum Beispiel ihre Landwirtschaftsmaschinen zu überhöhten Preisen abzusetzen, weil KÖY-KOOP preiswertere Maschinen anbieten konnte. Deshalb sehen alle diese Kreise es sehr gern, daß die KÖY-KOOP-Funktionäre abgeurteilt werden und die neuen Funktionäre, die dann auf die Spitze der Zwei-Millionen-Organisation gesetzt werden, ihnen Vorfahrt gewähren.

An einer anderen Stelle der Anklageschrift heißt es: „Es steht in der Presse, daß sich die TKP im Kreis der Arbeiter DISK und — damit sie ihre Tätigkeiten unter den Bauern durchsetzen kann — KÖY-KOOP als Ziel ausgesucht hat. (Wir hatten bereits berichtet, daß die rechte türkische Presse eine massive Kampagne im Zusammenhang mit dem DISK-Prozeß gestartet hatte, um die Gerichte gegen DISK aufhetzen zu können. Eine ähnliche Kampagne wurde auch gegen KÖY-KOOP und TÖB-DER

gestartet d.Red.) Die von der TKP in die Diskussion gebrachte UDC- (Nationale Demokratische Front d.Red.)Aktivitäten führte offensichtlich DISK durch und Organisationen wie IGD (Progressiver Jugendverband d.Red.) und IKD (Progressiver Frauenverband d.Red.) unterstützen sie. Es wurden wiederum durch die Initiative von DISK eine Reihe Veranstaltungen organisiert und in den Erklärungen nach diesen Veranstaltungen wurde berichtet, daß 27 Organisationen, vor allem KÖY-KOOP, TÖB-DER, Volkshäuser und DISK, sich an der UDC beteiligt hatten.“

Wie vage die Vorwürfe gegen die KÖY-KOOP sind, zeigt auch, daß man versucht, die Behauptungen u.a. damit zu belegen, daß sich die TKP in ihren Publikationen und Rundfunksendungen mit KÖY-KOOP solidarisch erklärt hätte.



TÖB-DER-Prozeß

Der angekündigte Prozeß gegen die führenden Mitglieder des Lehrerverbandes der Türkei, TÖB-DER, wurde am 15. Mai eröffnet. Bereits unter der Demirel-Regierung war TÖB-DER, der mehr als 250000 Lehrer in sich vereinigt, durch die Kriegsrechtsbehörden verboten und Anzeigen gegen seine Vorstandsmitglieder gestellt worden. Unmittelbar nach dem Putsch hatte die Junta Haftbefehle gegen zahlreiche Funktionäre und Mitglieder des Lehrerverbandes erlassen.

Für 58 leitende TÖB-DER-Mitglieder, von denen sich nur zwei auf freiem Fuß befinden, beantragt die Militär-anwaltschaft Haftstrafen zwischen fünf und siebzehn Jahren. Gegen den Vorsitzenden des TÖB-DER, Gültekin Gazioglu, der im März eine Pressekonferenz zusammen mit der GEW veranstaltete und zu den Anschuldigungen der Militärbehörden Stellung genommen hatte, und weitere 27 Kollegen, wurden Haftstrafen in ihrer Abwesenheit verhängt. Ihnen wurde eine Frist für die „Rückkehr in die Heimat“ gesetzt, in der sie sich den Kriegsrechtsbehörden stellen sollen. Nach Ablauf dieser Frist wurde bekannt, daß die



Die aufklärerische Arbeit der Lehrer ist den Herrschenden ein Dorn im Auge

Ausbürgerungsformalitäten eingeleitet wurden; nach Angaben der rechten türkischen Presse sollen ihnen ihre staatsbürgerlichen Rechte bereits entzogen worden sein.

Lehrer werden kriminalisiert

Den TÖB-DER-Funktionären wird zu Last gelegt, gegen den Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Wie die Türkei-Informationen oft berichtet haben, sehen diese Paragraphen für die Organisation und die Propaganda mit dem Ziel der Errichtung der Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse oder mit dem Ziel der Beseitigung einer sozialen Klasse Haftstrafe vor. Für die Gründer der Organisation droht sogar die Todesstrafe. Dieses Gesetz findet zur Zeit eine breite Anwendung in der Türkei, von der ausnahmslos alle fortschrittlich-demokratischen Organisationen betroffen werden. Diese beiden Paragraphen, die 1936 aus Musolinis Gesetzbüchern übernommen worden sind, verhinderten schon immer die Ausübung der Grundrechte wie Meinungs- und Organisationsfreiheit und waren ein Damoklesschwert für die demokratisch gesinnten Menschen in der Türkei. Obwohl der Einklang dieser Paragraphen mit der Verfassung durch mehrere Gerichte angezweifelt waren und an das Verfassungsgericht überwiesen wurden, berufen sich die Militär-anwälte bei ihren Anklagen gegen die Funktionäre der demokratischen Organisationen auf diese Paragraphen.

In dem TÖB-DER-Prozeß stellt der Militär-anwalt die Behauptung auf, TÖB-DER habe sich „unter dem legalen Anschein illegal betätigt“. Er versucht damit, eine der größten Massenorganisationen in der Türkei in eine kriminelle Ecke zu rücken. In der Anklageschrift kann auch keine illegale Handlung nachgewiesen werden. Alle Anschuldigungen gegen TÖB-DER-Funktionäre stützen sich auf Formulierungen in den Grundsatzpapieren, Kongreßbeschlüsse oder Reden der Vorstandsmitglieder auf den Veranstaltungen. Also keine terroristische Aktivitäten, die bestraft werden sollen, sondern formulierte Gedanken.

Anklagepunkt: Unterricht in kurdischer Sprache gefordert

Diese Tatsache, daß es hier um eine massive Einschränkung der Grundrechte geht, scheint auch dem Kläger bekannt zu sein, denn er zitiert aus der Verfassung folgende Sätze: „In dem § 11 Abs. 1 unserer Verfassung ist es vorgesehen, daß die Grundrechte und -freiheiten aus Gründen der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit eingeschränkt werden können.“ Es fragt sich nur, welche Aktivität des TÖB-DER die öffentliche Ordnung gefährdet hat. Vielleicht der Unterrichtsboykott als Protest gegen die faschistischen Massaker in Kahramanmaras, die Beteiligung an der 1. Mai-Kundgebung oder ihr Eintreten für eine Bildung im Sinne der arbeitenden Bevölkerung?

Den führenden Mitgliedern des Lehrerverbandes werden ferner separatistische Ziele nachgesagt. Damit werden die Forderungen des TÖB-DER in Bezug auf das kurdische Volk gemeint, in denen er sich u.a. für folgende Ziele eingesetzt hatte: Die offizielle Anerkennung der Existenz des kurdischen Volkes; Unterricht für kurdische Kinder in ihrer Muttersprache; Beendigung der Zwangsassimilationspolitik gegenüber den Kurden; und Chancengleichheit im Bildungswesen. Diese demokratischen Forderungen, überhaupt das Eintreten für die national-demokratischen Rechte anderer Nationen oder nationalen Minderheiten in dem Vielvölkerstaat Türkei wurden schon seit der Gründung der Republik als Separatismus beschimpft und diejenigen, die sich dafür einsetzen bestraft.

Wird die Türkei Speerspitze des Pentagon?

Die tiefe innenpolitische Krise in der Türkei, die mit den Stichworten Terrorismus, wirtschaftlicher Bankrott und Militärdiktatur umschrieben wird, steht seit einem Jahr im Vordergrund der Diskussionen der demokratischen Öffentlichkeit in Europa. Das ist völlig verständlich. Doch so wichtig diese Fragen auch sind: Es ist nicht möglich, die Situation in der Türkei richtig einzuschätzen, wenn man nur die innenpolitische Entwicklung betrachtet und die außenpolitischen Aspekte vernachlässigt.

Es ist eine bekannte Regel: man darf den Teil nicht über das Ganze stellen. Mit anderen Worten: Wenn wir die Entwicklung in der Türkei richtig beurteilen wollen, dürfen wir die Tatsache, daß der Nahe Osten zum Schauplatz der akutesten internationalen Spannungen geworden ist und die Türkei in den neuen strategischen Plänen des Pentagons einen zentralen Platz einnimmt, nicht einen Augenblick vergessen.

Das wachsende Interesse der herrschenden Kreise in der NATO für den Mittleren Osten kann man schon seit Mitte der siebziger Jahre verfolgen. Das hängt unmittelbar zusammen mit dem Sturz der faschistischen Diktaturen in Griechenland und Portugal, sowie des reaktionären Kaiserreichs Äthiopien, der Beendigung der Kolonialherrschaft in Angola und Mozambique und dem Zusammenbruch des Schahregimes im Iran.

USA: Bedauern über Verlust der Kolonialherrschaft

Diese dramatischen Ereignisse waren eigentlich die Höhepunkte einer jahrzehntlangen Entwicklung, in deren Folge die einst unumstrittene Herrschaft Großbritanniens und der USA in dem Nahen Osten zu schwanen begann. Diese Entwicklung ist es auch, was die herrschenden Kreise in

der NATO als „sowjetische Bedrohung“ als „Angriff auf die Lebensinteressen des Westens“ bezeichnen. Das folgende Zitat mag veranschaulichen, wie die amerikanischen Militärs die Beendigung der Kolonialherrschaft in diesem Gebiet beklagen. Wir entnehmen es einer Rede des Befehlshabers der NATO-Streitkräfte-Süd, Admiral H.E. Shear, anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der NATO:

„Als vor dreißig Jahren, 1949, der Nordatlantikvertrag unterzeichnet wurde:

- gab es keinen Warschauer Pakt,
- gab es keine sowjetischen Kriegsschiffe im Mittelmeer,
- hatten die USA ein Kernwaffenmonopol.

als am 19. Juni 1951 'Allied Forces Southern Europe', die Südflanke der NATO, gebildet wurde,

- gab es eine ansehnliche britische und eine sogar noch größere französische Mittelmeerflotte — beide unter NATO-Befehl,

- war die Monarchie Libyen eng mit dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten verbunden und war Wheelus Air Forces Base ein Konzentrationspunkt US-amerikanischer Interessen,

- hatte Großbritannien Streitkräfte in der Suezkanal-Zone,

- war Malta eine britische Kolonie. Die Briten hatten dort seit mehr als 150 Jahren einen Stützpunkt und die Admiralität verwaltete die Werft,

- hatte das Vereinigte Königreich in einem stabilen Mittleren Osten ausgehende Stützpunkte im Irak, war Aden Bestandteil des Britischen Empire, ebenso wie Somaliland und der Sudan,

- hatte Äthiopien einen Kaiser und war zuverlässig prowestlich,

- waren Pakistan, Afghanistan und der Irak ebenfalls gut prowestlich und scharf antikommunistisch,

- besaß Portugal reiche Kolonien, darunter Angola,

- besaß und kontrollierte Frankreich ein riesiges und stabiles Gebiet

in Nord- und Nordwestafrika — und war der Libanon unbestritten das Paradies des Mittleren Ostens.

Man kann es kaum glauben, daß das hiermit beschriebene Gebiet vor nur 25 Jahren das Mittelmeerbecken und den Mittleren Osten mit anliegenden Gebieten darstellte. Aber es ist so. Diese Tatsachen sind jetzt Geschichte. Das alles ist lange vorbei.“¹

„Kontrolle der NATO-Südflanke bedeutet Kontrolle des Mittelmeers“

Deutschlicher kann man seine feindliche Haltung gegenüber den demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen kaum ausdrücken. Es ist offensichtlich, daß der Admiral den Sturz der reaktionären Regimes und die Beendigung der Kolonialherrschaft als Bedrohung empfindet. Und was schlägt er als Antwort auf diese „Bedrohung“ vor? Lassen wir wieder den Admiral Shear selbst zu Worte kommen: „Wir können es uns nicht leisten, auf einer Karte saubere Linien zu ziehen und zu sagen, daß dies die NATO-Grenzen sind, die alle unsere Interessen umschließen. Harte Tatsache ist es vielmehr, daß alles, was irgendwo rund um Afrika oder natürlich auch irgendwo auf diesem turbulenten Kontinent oder im Indischen Ozean, im Roten Meer, im Persischen Golf oder im gesamten Mittleren Osten geschieht, für die NATO ganz genauso wichtig oder möglicherweise kritischer ist als das, was irgendwo in Westeuropa oder im Atlantischen Ozean vor sich geht.“² Und weiter: „Wir müssen der Tatsache eingedenk sein, daß Kontrolle des Mittelmeeres wirksame Kontrolle der NATO-Südflanke bedeutet, geradeso wie Kontrolle des Indischen Ozeans und der benachbarten Seegebiete für die dortigen Interessen der NATO in ähnlicher Weise unabdingbar ist.“³



Die US-Basen in der Türkei: Der Widerstand gegen sie ist zu einer wahren Volksbewegung geworden

Diese Worte belegen, daß das Pentagon ganz Afrika, den Mittleren Osten und den Indischen Ozean im Visier hat, wenn es von der „Südflanke der NATO“ spricht. Dieses riesige Gebiet mit hunderten von Millionen von Menschen und Dutzenden Ländern, die nicht der NATO angehören, sondern ihr vielfach ablehnend gegenüberstehen, soll „unter Kontrolle“ gebracht werde.

„Vorgeschobene Aktionsbasis“

Welche Rolle ist nun hierbei der Türkei zugedacht. Seit jeher stellt unser Land in den Augen der US-Militaristen eine „vorgeschobene Aktionsbasis“ dar. Diese Einschätzung wird auch von den herrschenden Kreisen in der NATO geteilt. Als Beispiel zitieren wir Herrn Lothar Ruehl, einen bundesdeutschen Militärstrategen: „Für die Vereinigten Staaten als gebietsfremde Macht ohne eigene Stützpunkte unter nationaler Souveränität, aber mit besonderem Interesse an einer vorgeschobenen Aktionsbasis gegenüber der Sowjetunion ist die Türkei über die mittelmeerische Situation hinaus eine optimale Position im geographischen Verhältnis zur Sowjetunion und zum Mittleren Osten. Der Wert der türkischen Schwarzmeerküste ist womöglich noch größer in dieser weiteren Perspektive als der der Mittelmeerküste. Entsprechendes gilt für die Kaukasusgrenze und für die Südgrenze zum Irak und damit in Richtung auf den Persischen Golf.“⁴

Der letzte Satz von Herrn Ruehl hat heute, nach dem für jene Kreise unerwarteten Zusammenbruch des

Schahregimes, eine brennende Aktualität gewonnen. Bekanntlich gab Präsident Carter bereits 1979 den Befehl, eine „schnelle Eingreiftruppe“ („Rapid Deployment Force“) zu bilden, die hauptsächlich für eine militärische Intervention im Gebiet des Persischen Golfes vorgesehen ist. Die USA haben die Geiselnahme in Teheran als Vorwand benutzt, um in den Gewässern südlich des Iran eine in Friedenszeiten beispiellose Flottenkonzentration vorzunehmen. Doch damit noch nicht genug. Die US-Strategen verlangen immer öfter und nachdrücklicher, neue Stützpunkte sollen als Brückenköpfe dienen, von denen aus eine militärische Intervention in diesem Gebiet gestartet werden kann. Auch sollen dort schwere Waffen (vor allem Panzer) gelagert werden, deren Transport mit Flugzeugen angeblich zu langwierig wäre.

Basen in der Öl-Zone

Obschon die Nahostpolitik der neuen US-Administration noch nicht offiziell verkündet worden ist und ihre diesbezüglichen Intentionen vorerst durch den Mund von zweit- und dritrangigen Politikern lanciert werden (wohl auch um die Reaktionen von Verbündeten und Betroffenen zu testen), stimmen alle Beobachter darin überein, daß die Errichtung neuer US-Stützpunkte in der Golfregion zu einer der wichtigsten Ziele der Reagan-Administration gehört. So schreibt die gewöhnlich gut unterrichtete „Middle East Economic Digest“ am 22.1.1981 in einem Bericht aus Washington: „Es verbreitet sich der Eindruck, daß die Herangehensweise der Reagan-Mannschaft

an den Mittleren Osten sehr viel mit Stützpunkten und Stützpunktrechten zu tun hat.“⁵

Ebenso ist es gewiß kein Zufall, wenn der ehemalige Stabsoffizier und Oberst der Reserve, A. Weinstein, am 16.12.1980 in der Frankfurter Allgemeine unter der bezeichnenden Überschrift „Es fehlen an Basen in der Öl-Zone“ die angebliche Notwendigkeit neuer US-Stützpunkte lang und breit erörtert und sein Plädoyer für die aggressiven Ziele des Pentagon mit folgenden Worten schließt: „Auch für die Zukunft kann der Transport einer strategischen Feuerwehr durch die Luft fehlende Basen im Mittleren Osten nicht ersetzen. Selbst wenn man unterstellt, daß von 1985 an genügend amerikanische Eingreifverbände vorhanden sind, bedeutet das keineswegs, daß sie die Lage beeinflussen können ... Das pazifische Kommando kann also seinen Auftrag nur lösen, wenn ihm die Politik der Regierung in Washington Basen und Stützpunkte zur Verfügung stellt. Diese Anlagen dürfen nicht an der Peripherie der Golfzone liegen. Sie müssen innerhalb der strategischen Region ausgebaut werden ... Ohne Stützpunkte kann die militärische Macht nicht in politische Aktion umgesetzt werden.“

Golfstaaten verzichten auf „Schutz“

Doch die Zeiten haben sich geändert. Trotz des massiven Drucks und Propaganda der amerikanischen Rüstungslobby stoßen ihre Bemühun- **21**

gen auf den Widerstand der Betroffenen. Bekanntlich haben die Golfstaaten das Ansinnen der USA, sie zu „schützen“, mehr als einmal zurückgewiesen. Nicht nur Länder wie Kuwait, sondern selbst ein so zutiefst anti-kommunistisches Regime wie Saudi Arabien lehnt es ab, auf seinem Boden der USA Stützpunkte zu gewähren. So erklärte nach türkischen Presseberichten (Milliyet vom 16.1.1981) der saudiarabische Außenminister Prinz Suud el Faisal, daß „die Sicherheit des Persischen Golfes eine Angelegenheit der Golf-Staaten ist“. Wenige Tage später sagte der Kronprinz Fahd von Saudi Arabien, daß „die Golfländer für ihre Verteidigung keine Hilfe von anderen brauchen.“ (Milliyet vom 20.1.1981). sogar in Ägypten, wo Sadat sich immer wieder für die Rolle des US-Gendarmes stark gemacht hat, gibt es eine starke Opposition gegen die Errichtung von US-Stützpunkten. Der stellvertretende Ministerpräsident Fuad Muhiddin sagte vor dem ägyptischen Parlament, daß es in Ägypten keine US-Stützpunkte gäbe und niemals welche geben werde.⁶

Ausgeprägte Ablehnung und distanzierte Haltung

Zur Zeit entwickeln die US Diplomaten und Militärs eine rege Aktivität, um neue Stützpunkte zu erlangen. Der Druck der US-Regierung richtet sich insbesondere gegen die Türkei, wobei die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes ausgenutzt wird. So kam zum Beispiel am 20. Mai 1981 der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister F.J. West zusammen mit dem Drei-Sterne-General E. Graves nach Ankara und führte Gespräche mit dem Außenminister und dem Generalstab. (Hürriyet, 21.5.1981). Die NATO-Länder, insbesondere die BRD und Großbritannien unterstützten die Amerikaner. Das Schlußkommunique des NATO-Verteidigungsausschusses, der am 9. und 10. Dezember 1980 auf Ministerebene zusammentrat, erkennt die „Nützlichkeit der Eingreiftruppe“ an und enthält einen ausdrücklichen Hinweis auf die Wichtigkeit von „Transiteinrichtungen“ für diese Truppen.⁷ Obwohl darin kein Land namentlich genannt wurde, ist es klar, daß die US-Militaristen in diesem Zusammenhang in erster Linie an die Türkei denken (es kommt sonst kein anderes NATO-Land in

22 Frage).

Das ist eine neue und ernste Gefahr für unser Volk, für den Nahen Osten und für die ganze Welt. Die Einbeziehung der Türkei in die abenteuerlichen Pläne des Pentagons würde nicht nur die Kriegsgefahr im Nahen Osten erhöhen, sondern auch unser Land noch stärker exponieren. Die Isolierung der Türkei von ihren Nachbarn, die in Folge der Stationierung der US Eingreiftruppe unvermeidlich wäre, würde die wirtschaftlichen Probleme weiter vertiefen. Die verheerenden Folgen einer blindlings US-hörigen Politik, wie sie insbesondere in den fünfziger Jahren praktiziert wurde und nicht nur große wirtschaftliche und soziale Erschütterungen, sondern auch eine weltweite Isolierung der Türkei zur Folge hatte, sind bis heute nicht überwunden.

Angeichts der bitteren Erfahrungen gibt es in der Türkei unter der Bevölkerung eine ausgeprägte Ablehnung der Politik im Schlepptau der USA. Sogar unter den Vertretern der Monopolbourgeoisie finden sich nicht wenige, die mit Rücksicht auf die Handelsbeziehungen zu den arabischen Ländern, eine distanziertere Haltung gegenüber den USA befürworten. Gegenwärtig kann man innerhalb der herrschenden Klassen zwei verschiedene Richtungen ausmachen: Auf der einen Seite die Verfechter eines ausgesprochenen aggressiven Kurses, die die Türkei wieder zur „Speerspitze“ der USA und der NATO im Nahen Osten machen wollen. Auf der anderen Seite die Verfechter einer realistischeren Außenpolitik, die trotz grundsätzlicher Ablehnung an die USA und die NATO die besonderen Interessen und Ziele der türkischen Monopole in Rechnung stellen und den Grad des Zusammengehens mit den USA von Fall zu Fall entscheiden wollen. Diese zweite Gruppe, die in den letzten zehn—fünfzehn Jahren die Außenpolitik der Türkei zunehmend beeinflusste, tritt auch für den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der UdSSR und den blockfreien Ländern ein.

Diese Tendenzen werden auch von anderen Beobachtern festgestellt. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht, der vor einem Jahr für den außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentanten Hauses vorbereitet wurde, zu diesem Problem: „In den letzten zwanzig Jahren hat sich die türkische Außenpolitik von ihrer vorbehaltlosen Unterstützung für die außenpolitischen Ziele der USA weg entwickelt.“⁸ An einer anderen Stelle desselben Berichtes

schreibt man: „Die Türkei verfolgt eine ausgewogene internationale Position und hat ihre Beziehungen mit den Ländern der Region diversifiziert. Änderungen der türkischen Außenpolitik sind für die USA insofern signifikant, als sie die Dynamik der Beziehungen zwischen der USA und der Türkei betreffen sowie die Möglichkeiten der USA, ihre politischen Ziele im östlichen Mittelmeer zu verfolgen, beeinflussen.“⁹

Stützpunktabkommen unter Druck aufgezwungen

Seit Mitte der sechziger Jahre versuchen die türkischen Regierungen, die Benutzung der US Militärstützpunkte in der Türkei einzuschränken. Dabei hat die Existenz einer starken Volksbewegung gegen die Präsenz dieser Stützpunkte eine wichtige Rolle gespielt. Die offizielle Linie des türkischen Außenministeriums lautet, daß die Stützpunkte nur für militärische Operationen, die im Zusammenhang mit der NATO stehen, benutzt werden dürfen. Das ist ein zaghafter Versuch, die Inanspruchnahme der Stützpunkte für eine amerikanische Aggression im Nahen Osten im Alleingang (z.B. gegen den Iran oder ein arabisches Land) oder für die Unterstützung Israels auszuschließen. Es ist bekannt, daß bei den jahrelangen Verhandlungen über das neue Stützpunktabkommen mit den USA gerade diese Frage bis zum Schluß umstritten war und die US Unterhändler auf eine Regelung drängten, die eine über unmittelbare NATO-Ziele hinausgehende Nutzung zuläßt.¹⁰

Bei den Verhandlungen über das Stützpunktabkommen übten die USA und die NATO großen Druck aus. Dabei wurde die wirtschaftliche Krise, in der sich die Türkei befindet und ihre faktische Zahlungsunfähigkeit voll ausgenutzt. Als zum Beispiel im Winter 1980 unter der Demirel-Regierung die Verhandlungen zwischen der USA und der Türkei über das neue Stützpunktabkommen sich in die Länge zogen und die am 9.1.1980 festgesetzte Frist von 45 Tagen erheblich überschritten worden war, weigerten sich die OECD-Länder demonstrativ (trotz des in der Türkei am 24.1.1980 verkündeten „Sanierungsprogramms“ entsprechend den Wünschen der OECD) eine verbindliche Kreditzusage zu machen. Eine Tagung der OECD am

26.3.1980, bei der es um Kredite in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar ging, endete „wegen technischen Schwierigkeiten“ (Erklärung des OECD Generalsekretärs Emile von Lennep) ohne Ergebnis.

Dieses Signal wurde in Ankara offenbar richtig verstanden, so daß das Stützpunktabkommen mit den USA schon am 29.3.1980 unterschrieben wurde. Da der Text des Abkommens nicht veröffentlicht wurde und das türkische Parlament, das es ratifizieren sollte, seit dem 12.9.1980 nicht mehr existiert, ist uns nicht bekannt, wie der unter solchen Umständen ausgehandelte Kompromiß aussieht. Amerikanische Quellen berichten jedoch von einer sehr unnachgiebigen Haltung der Türkei in der betreffenden Frage.¹¹

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Die Auflösung des Parlaments, das Verbot sämtlicher Parteien und aller demokratischen Organisationen, die Verfolgung der Gewerkschafter und anderen fortschrittlichen Kräfte, die totale Pressezensur — kurz die Vernebelung des Volkes haben in der Türkei die Positionen derjenigen verstärkt, die unser Land zu einem Werkzeug der abenteuerlichen Politik der US Militaristen machen wollen. Offenbar ist das auch die Einschätzung der US Regierung, denn sie hat gerade in den Monaten nach dem Militärputsch ihren Druck auf die Türkei noch erhöht. Die USA versuchen zur Zeit durch eine Kette von Treffen und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen doch noch die Benutzung der US Stützpunkte in der Türkei für ihre „strategische Eingreiftruppe“ zu erreichen.

Doch gibt es allem Anschein nach sowohl innerhalb der herrschenden Junta, wie auch dem Außenministerium und der Armee gewisse Vorbehalte gegen dieses Ansinnen. Der jetzige Außenminister İler Türkmen erklärte zum Beispiel nach seinen Gesprächen in Washington auf einer Pressekonferenz, daß die Verteidigung des Persischen Golfes eine Angelegenheit der Länder in dieser Region ist. Er betonte zwar die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO und sprach sich für eine enge militärische Zusammenarbeit mit den USA aus. Gleichzeitig lehnte er die Benutzung der US Stützpunkte in der Türkei für die „Eingreiftruppe“ der

USA ab.¹² Der Verteidigungsminister Haluk Bayülken erklärte Anfang März, daß „die Türkei ihre Pflichten innerhalb der NATO erfüllt und dies auch in Zukunft tun wird. Man kann jedoch von der Türkei nicht erwarten, daß sie Aufgaben übernimmt, die mit ihren Möglichkeiten und Interessen nicht vereinbar sind“.¹³ Der Generalstabschef Kenan Evren, der von der Junta zum Staatspräsident ernannt wurde, betonte zu verschiedenen Anlässen, genauso wie der Ministerpräsident Uluşoy, den Wunsch, die guten Bezie-

„Diese Studie ergibt, daß die Zukunft der Türkei für die amerikanischen strategischen Interessen gegenüber der Sowjet Union und den Mittleren Osten eine zentrale Bedeutung besitzt.“

(Turkey's Problems and Prospects: Implications für U.S. Interests, Washington, 3.3.1980, S. 4)

„Während die Türkei behauptet, daß die Verbesserung der Beziehungen mit den Ostblockstaaten keine Minderung ihrer Verbundenheit zum westlichen Bündnis bedeutet, haben die amerikanischen Verantwortlichen trotzdem ihre Besorgnis über die gewachsenen Verbindungen zwischen der Türkei und dem Sowjetblock ausgedrückt.“

(Turkey and U.S. Interests, Washington, 19.9.1981, S. 13)

hungen mit der UdSSR und allen anderen Nachbarn weiter zu entwickeln. Es gibt jedoch auch Vertreter der entgegengesetzten Position. So erklärte der Generaloberst Güneş, der zugleich Oberkommandierender der NATO-Kräfte Südost ist, (mit Sitz in Izmir), anlässlich der NATO-Manöver in der Türkei, die Anfang Februar stattfanden, daß die Türkei und der Nahe Osten von der Sowjetunion bedroht würden.¹⁴ Es ist bekannt, daß auch andere hohe Offiziere innerhalb und außerhalb der Junta darauf spekulieren, mit einem Eingehen auf die amerikanischen Forderungen größere Waffenlieferungen zu erkaufen.

Kampf für Demokratie ist Kampf für Frieden

Für die demokratischen Kräfte in der Türkei kann es nicht gleichgültig

sein, welche dieser Richtungen sich schließlich durchsetzen wird. Darum ist es sehr wichtig, auch unter den heutigen, sehr ungünstigen Umständen die Menschen über die Gefahren einer Politik im Schlepptau der USA aufzuklären. Jeder Schritt und jede Maßnahme, die dazu beiträgt, eine größere Verstrickung unseres Landes in die aggressiven und abenteuerlichen Pläne der amerikanischen Militaristen zu verhindern, sollte unterstützt werden.

Wenn man die zentrale Bedeutung dieser Frage erkennt (und zwar sowohl für die Türkei, als auch für die gesamte internationale Situation), wird man auch einsehen, daß es nicht angeht, die Befürworter und die Gegner einer noch stärkeren Unterwerfung unter die Politik der USA in einen Topf zu werfen.

Selbstverständlich wissen wir, daß die Wiederherstellung der Demokratie in unserem Lande der wirksamste Weg wäre, die Pläne des Pentagons zu vereiteln. Auch darum fordern wir die Freilassung aller demokratischer politischer Gefangenen, die Beendigung der Folterungen, die Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte und die Wiedezulassung der demokratischen Organisationen. Der Kampf für Demokratie und der Kampf für den Frieden unterstützen sich gegenseitig. Jeder Schritt in Richtung Demokratie wird die Verwirklichung der aggressiven Pläne der US-Militaristen erschweren. Umgekehrt wird es viel eher gelingen, in unserem Land die Demokratie zu erkämpfen, wenn es verhindert werden kann, daß die Türkei als Angriffsbasis des Pentagons mißbraucht wird.

1) H.E. Shear, „Die Südflanke der NATO“, in: Europäische Wehrkunde, Nr. 12, 1979, S. 606

2) aaO, S. 608

3) aaO, S. 609

4) Lothar Rühl, „Der Zypern-Konflikt, die Weltmächte und die europäische Sicherheit“, in: Europa-Archiv, 31, 1976, 1, S. 20

5) Middle East Economic Digest, 22.1.81, S. 37

6) Middle East Economic Digest, 2.1.81, S. 9

7) NATO Review, February 1981, S. 28

8) Turkey's Problems and Prospects: Implications for U.S. Interests, March 3, 1980, S. 8

9) aaO, S. 45

10) aaO, S. 27—28

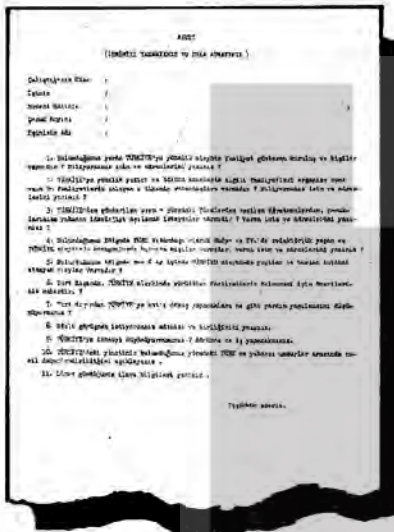
11) Ellen Laipson, Turkey and U.S. Interests, Congressional Research Service, 19.9.1980, S. 9

12) Cumhuriyet vom 5.4.1981

13) Milliyet, 9.3.1981

14) Milliyet, 13.2.1981

Aufforderung zur Denunziation



Eine der ersten Amtshandlungen der Junta nach dem Putsch am 12. September war die Verdoppelung der Summe, für die sich Wehrpflichtige, die außerhalb der Türkei leben, vom Dienst von der Waffe freikaufen können. Schon unter der Demirel-Regierung bestand für „Auslandstürken“ die Möglichkeit, statt der sonst 18-monatigen Militärzeit nur eine zweimonatige Grundausbildung zu absolvieren; damals für 11 000, jetzt für 22 000 Mark.

Abgesehen davon, daß so die Wehrpflichtigen zu einer ergiebigen Devisenquelle für die Junta werden, hat man sie nunmehr offensichtlich auch als Informationsquelle entdeckt: Den Rekruten aus dem Ausland wird ein Fragebogen ausgehändigt, in dem sie Namen und Adressen aufschreiben sollen von Personen und Organisationen, die dem „Ansehen der Türkei im Ausland schaden“. Wir drucken im folgenden eine Übersetzung dieses Fragebogens.

Umfrage

(schreiben Sie keinen Namen und unterschreiben Sie nicht)

Das Land, in dem Sie arbeiten:

24 Ihr Beruf:

Ihr Familienstand:
Die Zahl der Kinder:
Vorname Ihrer Frau:

1. Gibt es in Ihrem Ort Organisationen und Personen, die gegen die Türkei gerichtete Aktivitäten unternehmen? Falls Ihnen bekannt, schreiben Sie ihre Namen und Adressen.
2. Gibt es Bürger des betreffenden Landes, die die Aktivitäten in Zusammenhang mit den gegen die Türkei gerichteten zerstörerischen und spalterischen Strömungen organisieren oder sich an diesen Aktivitäten beteiligen? Falls Ihnen bekannt, schreiben Sie ihre Namen und Adressen.
3. Gibt es unter den Lehrern, die aus der Türkei entsandt werden oder unter den Türken in dieser Region ausgewählt werden, welche, die Ihren Kindern fremde Ideologien aneignen wollen? Falls ja, schreiben Sie ihre Namen und Adressen.
4. Gibt es in Ihrer Region türkische Staatsangehörige, die als Redakteure im Rundfunk und Fernsehen arbeiten und gegen die Türkei gerichtete Re-

den halten? Falls ja, schreiben Sie ihre Namen und Adressen.

5. Gibt es in Ihrer Region in den letzten sechs Monaten stattgefunden und nicht in der Presse erschienene, gegen die Türkei gerichtete Vorfälle?
6. Welche Vorschläge haben Sie für Verhinderungen der gegen die Türkei gerichteten Aktivitäten?
7. Wie stellen Sie sich die Unterstützung für diejenigen, die aus dem Ausland endgültig in die Türkei zurückkehren, vor?
8. Schreiben Sie Ihren Namen und Ihre Einheit, wenn Sie ein Gespräch führen möchten.
9. Beabsichtigen Sie in die Türkei zurückzukehren? Welche Tätigkeit werden Sie nach Ihrer Rückkehr ausüben?
10. Beschreiben Sie, wie das neue Regime von den türkischen und ausländischen „Elementen“ in Ihrer Region ausgewertet wird.
11. Schreiben Sie die Informationen, die Sie notwendig erachten.

Wir bedanken uns.

Fortsetzung von Seite 9

trifft? Daß dieser Jemand den Terroristen nicht etwa anzeigt, sondern ihm zu einen Paß verhilft? Gibt es im bundesdeutschen Gesetz nicht den Tatbestand der „kriminellen Vereinigung“? Dies sind einige der Fragen die die demokratische Öffentlichkeit von dem bayerischen Innenministerium gern beantwortet hätte. Nach dem Attentat in Rom ist es für jeden, der die Augen nicht verschließen will, deutlich erkennbar, daß diese Terrororganisation auch in der BRD ein leistungsfähiges Netz aufgebaut hat.

Die Informationen, die wir nur aufgrund von Presseveröffentlichungen zusammentragen konnten, ergeben ein deutliches Bild. Den Polizeibehörden der BRD stehen ganz zweifellos weit bessere Informationsquellen und ausführlichere Informationen als uns zur Verfügung. So ist die Weigerung, gegen die Terrororganisation der MHP vorzugehen, besonders die Aufrechterhaltung dieser Weigerung auch noch nach den neuesten Erkenntnissen, nur noch als grotesk zu bezeichnen.

Fritz Karg, DGB-Vorsitzender in Mannheim:

„Wir können uns Spaltungen nicht leisten“

Türkei Informationen: Nach dem Militärputsch am 12. September wurde als eine der ersten Maßnahmen, der Progressive Gewerkschaftsbund DISK und alle seine Einzelgewerkschaften verboten. Wie beurteilen Sie dieses Verbot?

Karg: Ich verurteile als Gewerkschafter selbstverständlich jedes Verbot einer Gewerkschaft in jedem Land. Das ist ja ein Merkmal aller Militärdiktaturen, daß sie zunächst die Rechte der Arbeitnehmer einschränken, daß sie ihre Organisation verbieten. Das ist aus der geschichtlichen Erfahrung für uns als Gewerkschafter bekannt. Wir müssen uns aber dagegen wehren, wir müssen für das Recht aller Arbeitnehmer in aller Welt eintreten, ihre Rechte in ihren Organisationen selbst wahrzunehmen. Wo dieses Recht nicht mehr gewährleistet ist, werden sich die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer immer verschlechtern.

Türkei Informationen: Die Mitglieder und Funktionäre des DISK befinden sich in Gefängnissen ausschließlich wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten wie zum Beispiel Aufruf zum 1. Mai, Teilnahme an den 1. Mai-Veranstaltungen oder einer antifaschistischen Kundgebung. Können Ihrer Ansicht nach die 1. Mai-Veranstaltungen oder antifaschistischen Aktionen außerhalb der gewerkschaftlichen Aktivitäten gesehen werden?

Karg: Keine Gewerkschaft kann auf ihr Recht am 1. Mai oder den 1. Mai als Kampf und Feiertag zu begehen verzichten. Dieses Recht müssen wir fordern für alle Arbeitnehmer in aller Welt. Auch in der Türkei muß das Recht für die Arbeitnehmer wieder hergestellt werden, den 1. Mai nach ihrer Weise zu begehen. Es muß für die Gewerkschaften das Recht sichergestellt werden, sich gegen Faschisten zu wehren, Faschismus zu bekämpfen. Es muß das Recht wiederhergestellt werden für die Arbeitnehmer



Fritz Karg, geb. 1921, seit 1945 aktives Gewerkschaftsmitglied in der IG Metall, in der ÖTV und in der IG Chemie. Seit acht Jahren Kreisvorsitzender des DGB in Mannheim.

und ihre Organisationen, die Interessen der Arbeitnehmer auch politisch zu vertreten.

Türkei Informationen: Die Familien der verhafteten DISK-Gewerkschafter befinden sich in einer sehr schweren Lage. Jegliche Hilfe wurde bisher durch die Militärbehörden blockiert, mit der Begründung, dies würde die Unterstützung einer illegalen Organisation bedeuten. Wie könnte man auf gewerkschaftlicher Ebene diese Familien unterstützen?

Karg: Selbstverständlich müssen auch wir uns Gedanken machen, und ich meine dazu wäre der Internationale Bund freier Gewerkschaften in der Lage im Rahmen einer breiten Solidaritätsbewegung für die Fami-

lien der Verhafteten zu einer Spendenaktion aufzurufen oder sie in anderer Weise zu unterstützen. Natürlich geht es nicht nur um die materielle Hilfe für die Angehörigen, es geht auch um moralisch-ideelle Unterstützung all derer, die in der Türkei wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit in Haft sind. Das wäre eine vorrangige Aufgabe jetzt in der speziellen Situation in der Türkei für den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und da meine ich, muß auch über unterschiedliche politische Auffassungen hinweg, Solidarität bewiesen werden.

Türkei-Informationen: Wie die IBFG-Delegation in der Türkei festgestellt hat, werden die Gewerkschafter schwer mißhandelt. Die IBFG gibt u.a. das Beispiel, daß der DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk fünf Tage während seines Verhörs auf einem Stuhl gefesselt war und seine Augen verbunden wurden, offensichtlich, um von ihm eine Aussage zu erpressen.

Karg: Das Problem der Folter der Gefangenen, insbesondere jetzt von Gewerkschaftskollegen, türkischen Gewerkschaftskollegen: Selbstverständlich protestieren wir als Gewerkschafter, selbstverständlich sind wir gegen Folterungen, egal von welchen Gefangenen, ob das politische oder kriminelle Gefangene sind. Nur, Beseitigung zu fordern, ist leicht; ein Verbot der Folter zu fordern von einem Militärregime ist Unfug; man kann die Folterungen letztlich nur beseitigen oder beenden, wenn man die Militärdiktatur beseitigt. Das ist eine politische Aufgabe für alle Demokraten.

Türkei-Informationen: In der Türkei wurde auch das Tarifrecht außer Kraft gesetzt; dafür wurde ein sogenanntes Oberstes Schiedsgremium eingerichtet, das sich aus sieben Vertretern der Militärdiktatur, einem Vertreter der Unternehmer und ei- 25

nem Vertreter der noch bestehenden Gewerkschaft Türk-Is zusammensetzt. Sind Ihrer Meinung nach die materiellen, sozialen und politischen Rechte der Arbeiter in der Türkei gewährt?

Karg: Sie können unter diesen Bedingungen natürlich nicht mehr gewährleisten sein. Bedauerlich und schlimm ist, wenn ein Vertreter einer Gewerkschaft in einem solchen Gremium mitarbeitet. Es ist für mich undenkbar, daß ein Gewerkschafter noch mitwirkt an der Entrechtung der Arbeitnehmer. Wenn Arbeitnehmer durch ihre Organisation nicht mehr das Recht haben zu kollektiven Lohn- und Gehaltsforderungen, dann haben sie keine Rechte mehr. Wenn die Lohn- und Gehaltsbedingungen von einer Kommission festgesetzt werden, die in erster Linie aus den Vertretern der Militärs besteht, dann kann das doch nur bedeuten, daß die schon immer in schwächster Position befindlichen, nämlich die Arbeitnehmer, wieder einmal zu Gunsten der Unternehmer unterdrückt werden. Die Tatsache, daß ein Unternehmer mit in der Kommission sitzt, deutet auch darauf hin, daß deren Interessen durch die Militärs wahrgenommen werden.

Türkei-Information: Die jüngsten Tarifabschlüsse liegen auch entsprechend weit unter den Reallöhnen der letzten Jahre. Eine andere Frage: Wie beurteilen Sie die Anerkennung des DISK als gewerkschaftliche Interessenvertretungsorganisation der Türkei?

Karg: Wissen Sie, es ist ein sehr langer Prozeß, und ich habe diese Diskussion um internationale Solidarität der Gewerkschaften ja sehr lange Zeit miterleben können. Ich bin fast 30 Jahre hauptamtlich bei den Gewerkschaften beschäftigt. Ich persönlich bin immer dafür eingetreten — in allen Diskussionen, wo ich die Gelegenheiten hatte, habe ich die Meinung vertreten — daß wir Arbeitnehmer auf der internationalen Ebene es uns nicht leisten können, in Organisationen aufgespalten und zersplittert zu sein.

Gewerkschaften, sofern es freie Gewerkschaften sind, sind Interessenvertretung der Arbeitnehmer; wenn sie ihre frei gewählten Organe zu Verhandlungen schicken mit anderen Gewerkschaftsvertretern in anderen Ländern, anderer Nationalitäten, dann müssen sie akzeptiert werden. Wenn sie akzeptiert werden, dann insbesondere deshalb, weil wir es ja

heute in der Welt in aller Regel mit einer Vielzahl von multinationalen Konzernen zu tun haben, die einheitlich gelenkt werden, die einheitlich geführt werden mit einem einheitlich straff ausgerichteten Management.

Und auf der anderen Seite stehen politisch zerstrittene Gewerkschaften diesen riesen Konzernen gegenüber und können natürlich die Kraft entwickeln als wenn sie sich in der Interessenvertretung der Arbeitnehmer innerhalb dieser multinationalen Konzerne einig wären. Aber dieser Prozeß wird noch lange dauern. Ich weiß, daß die amerikanischen Gewerkschaften im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften hier eine Rolle spielen, die mir persönlich nicht gefällt. Ich weiß, daß man im IBFG natürlich auch Mehrheiten braucht, Mehrheiten schaffen muß. Das ist ähnlich wie auch im Europäischen Gewerkschaftsbund, wo es ja auch um die uns noch näher liegenden Fragen geht, etwa die Frage des Eintritts der kommunistischen Gewerkschaften von Italien oder Frankreich oder von Richtungsgewerkschaften.

Wir haben in der Bundesrepublik Gottseidank keine politischen Richtungsgewerkschaften mehr, sondern haben eine Einheitsgewerkschaft bilden können nach dem letzten Krieg. Das macht es aber noch schwieriger, Kontakte zu politischen Richtungsgewerkschaften in anderen Ländern zu knüpfen. Ich meine, es wäre höchste Zeit, daß man unter Zurückstellung politischer Differenzierungen, im Interesse der Arbeitnehmer auf internationaler Ebene gesehen, zusammenarbeitet. Es wäre höchste Zeit, daß der Weltgewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in dieser Richtung Wege finden. Ich bin kein Illusionist; ich weiß, daß es schwierig wird, und ich weiß, daß die Diskussion darüber bei den Mitgliedern geführt werden muß und nicht nur in den Spitzen der Organisationen geführt werden sollte.

Türkei-Informationen: Wie Sie vielleicht wissen, werden die führenden Köpfe der Türk-Föderation der Grauen Wölfe, wie der erste Vorsitzende Serdar Celebi und der stellvertretende Vorsitzende Ali Batman, wegen Verstoß gegen die Paragraphen 146 und 149 wegen des Versuchs, die verfassungsmäßige Ordnung abzuschaffen und einen Bürgerkrieg zu planen, von der Junta gesucht. Dürfen die Führer der Türk-Föderation in der Bundesrepublik geduldet werden?

Karg: Nein, nein und nochmals nein! Ich ärgere mich seit langem, daß man dem Treiben dieser türkischen Faschisten in der Bundesrepublik nicht schön energischer Einhalt hat bieten können. Möglicherweise liegt das daran, daß sie sehr im Verborgenen konspirativ arbeiten; aber ich meine, daß es Aufgabe unserer Behörden wäre, dem Treiben dieser Faschisten hier Einhalt zu gebieten. In Mannheim können wir sehr genau feststellen, wo die türkischen Faschisten ihren Sitz haben.

Ich ärgere mich immer wieder, daß es möglich ist, daß sie sogar offiziell Büroräume haben und von dort aus ihre Aktivitäten entwickeln, wobei uns die deutschen Behörden immer wieder sagen, daß es schwer ist, ihnen Gesetzesverstöße nachzuweisen. Aber ich meine, damit sollte man sich nicht zufrieden geben. Es müßte generell das Auftreten dieser Organisationen verboten werden, wie ich meine, daß grundsätzlich alle faschistischen Organisationen einem Verbot unterworfen werden müßten, ob türkische oder deutsche.

Türkei-Informationen: In der Türkei hat kürzlich die Militäranwaltschaft im Zusammenhang mit dem MHP-Prozeß (Partei der Nationalistischen Bewegung) sehr viele Fakten und Dokumente über die Beziehungen zwischen der faschistischen Partei MHP und der Türk-Föderation, sowie die Beziehungen dieser Partei zu rechtsextremistischen Organisationen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik veröffentlicht. Für uns aktive Antifaschisten bedeutet das, noch stärker als bisher, für ein Verbot der Türk-Föderation einzutreten. Wie könnte man hier vorgehen?

Karg: Die Vorschläge sollten und müßten wir zusammen mit unseren türkischen Kollegen im DGB entwickeln. Ich maße mir nicht als deutscher Kollege an, hier ohne Mitwirkung und ohne die Mitarbeit unserer türkischen Mitglieder Vorschläge zu erarbeiten. Und da ist für mich ganz eindeutig die Forderung nach dem Verbot dieser Organisationen, wie ich vorhin bereits sagte. Alle Forderungen, die in Richtung Türkei und gegen die Militärdiktatur in der Türkei gerichtet sind, müssen wir gemeinsam mit unseren türkischen Kollegen erarbeiten. Es ist in erster Linie ihre Sache, in der wir sie nur unterstützen können, dort die richtigen Forderungen zu formulieren.

Türkei-Informationen: Vielen Dank für dieses Interview.

„Fristverlängerung für die Junta“

Die 33. ordentliche Sitzung des Europarats stand unter dem Zeichen der politischen Entwicklung in der Türkei. Zum Schluß wurde zwar eine von vielen Delegierten als „zu harmlos“ bezeichnete „Richtlinie“ verabschiedet: Gleichzeitig aber wurde die Mitgliedschaft der türkischen Mitglieder im Rat aufgehoben. In den viertägigen Beratungen und Diskussionen in der politischen Kommission und auf der Parlamentarischen Versammlung wurde aber eins deutlich: Nicht einmal der Junta wohlgesonnene Redner konnten leugnen, daß in der Türkei die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte mißachtet werden. Besonders scharf wurden dabei die Folterpraktiken angeprangert.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt der 33. ordentlichen Sitzung des Europarats vom 11. bis 14. Mai war die Situation in der Türkei. Zuvor hatte die Politische Kommission auf ihrer Sitzung in Paris Berichte von amnesty international, der Internationalen Juristenkommission (Genf) und den Ratspräsidenten de Koster entgegengenommen. auf dieser Kommissionsitzung waren neben dem Botschafter Semih Günver, dem ständigen Vertreter der Türkei beim Europarat, auch Repräsentanten der kürzlich gegründeten, juntafreundlichen „Stiftung für soziale, wirtschaftliche und politische Untersuchungen“ (SISAV) anwesend. Ihr Vorsitzender, Prof. M. Yasa, sowie die Tercüman-Kolumnistin (und Ehefrau des Tercüman-Inhabers und Stiftungsgründers Kemal Ilıcak) Nazlı Ilıcak versuchten, zugunsten der Junta auf die Kommissionsmitglieder Druck auszuüben.

Irreführung der Öffentlichkeit

Daß sie nicht sehr erfolgreich waren, zeigte sich, als der Botschafter Semih Günver unter Protest die Kommissionsitzung verließ, während die amnesty-Votreterin Ann Burley ihren Bericht vortrug:

„Trotz allen gegenteiligen Be-

hauptungen der Junta-Führer werden die Folterungen in der Türkei fortgesetzt. Daß es sich dabei um systematische Folterungen handelt, geht aus den uns vorliegenden Aussagen und Dokumenten eindeutig hervor. Wir sprachen in der Türkei mit mehreren Folteropfern persönlich; wir konnten auch mit ihren Familienangehörigen und Rechtsanwälten sprechen. Die derzeit systematisch betriebenen Foltermethoden unterscheiden sich interessanterweise kaum von jenen, die nach dem Militärputsch 1971 praktiziert wurden. Die besonders berüchtigten Folterstätten befinden sich im Polizeipräsidium von Ankara, im Üsküdar-Gefängnis und in Bursa“. Nach Feststellungen der ai sind seit der Machtübernahme der Junta 36 Menschen den Folgen von Folter und schweren Mißhandlungen erlegen.

Bericht über Menschenverletzungen

Ann Burley wies auch darauf hin, daß die Junta nur bei bekanntgewordenen Todesfällen bereit ist, zuzugeben, daß in Armee- und Polizeistationen gefoltert wird. Die Verantwortlichen verschwiegen die Wahrheit und versuchten die Öffentlichkeit irrezuführen. Entsprechend wurde auch auf der Sitzung der politischen Kommission in Strassburg der vom Türkei-Berichterstatter Ludwig Steiner vorgelegte Entwurf mit einigem Befremden aufgenommen. Auf Antrag des Vorsitzenden Tom Urwin beschloß die Kommission, auch den Bericht von zehn demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei in Europa über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei entgegenzunehmen. Unter den vertretenen Organisationen befanden sich neben FIDEF weitere neun Organisationen türkischer und kurdischer Ar-

beiter aus der Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Holland und Schweden (siehe Kasten).

Bei der anschließenden Diskussion warfen mehrere Kommissionsmitglieder Steiner vor, in seinem „Richtlinienentwurf“ die Zustände in der Türkei weitgehend verharmlost zu haben. Nach zweitägigen Beratungen lehnte die Kommission bei Stimmengleichheit ab, den Entwurf der Parlamentarischen Ratsversammlung zur Annahme zu empfehlen.

Bei den anschließenden Beratungen der Parlamentarischen Versammlung kamen auch die unterschiedlichen Auffassungen deutlich zum Tragen. Während Kommunisten und Sozialisten aus mehreren Ländern unter Hinweis auf die systematischen Folterungen und die brutale Unterdrückungspraxis der Junta für einen sofortigen Ausschluß plädierten, setzte sich eine Reihe von Ratsmitgliedern für eine erneute „Fristverlängerung“ ein. Doch auch von ihnen mußte eingeräumt werden, daß die Junta sowohl die elementarsten Menschenrechte wie auch die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten grob mißachte. Eine große Mehrheit erklärte, daß sie durch eine „Fristverlängerung“ eine Art Kontrollmöglichkeit über die Juntapraxis offen halten wolle. Fraglich blieb allerdings, inwieweit wohlwollende Berichte von der Art, wie sie bis jetzt von Ratsmitgliedern wie Steiner und de Koster vorgelegt wurden, eine solche Funktion erfüllen können. Vielmehr kämen solche Berichte, so einige Ratsmitglieder, eher einem Freibrief für die Junta gleich.

Zu den zentralen Forderungen, die von Ratsmitgliedern aus fast allen Fraktionen erhoben wurden, gehörten auch die Verkürzung der Untersuchungshaft, die von der Junta bis zu 90 Tagen verlängert wurde, und die Möglichkeit, mit politischen Gefangenen zu sprechen sowie die Verbesserung der Situation der Familienmitglieder von verhafteten Gewerkschaftern.

Durch geschicktes Traktieren gelang es Ludwig Steiner, den von ihm nunmehr „persönlich“ eingereichten Entwurf durchzusetzen, wobei eine einschneidende Ergänzung mit dem deutlichen Hinweis auf Folterpraxis und Unterdrückung der gewerkschaftlichen Rechte hinzugefügt werden konnte. Bei einer zweiten Abstimmung lehnte dann die Parlamentarische Versammlung mit 51 zu 48 Stimmen die Mandatsverlängerung der Ratsmitglieder aus der Türkei ab. 27

Für Demokratie in der Türkei - gegen NATO-Raketen in Europa



5. Kongreß: Begeisterung und solidarische Kritik

Mit ihrem fünften Kongreß, der am 19./20. April in Dortmund stattfand, leitete FIDEF ihre fünfte Arbeitsperiode ein. Die breite Resonanz, die dieser Kongreß in der demokratischen Öffentlichkeit erfuhr, aber auch die rege Teilnahme aller demokratischen, antifaschistischen Kräfte an den Diskussionen über die von FIDEF geleistete und zu leistende Arbeit, machen deutlich: Entsprechend dem Ansehen, das sich die Föderation im Laufe dieser Jahre erworben hat, wird den FIDEF-Aktivitäten in Zukunft eine größere Bedeutung beigemessen.

An dem Kongreß nahmen über 500 Delegierte und Gäste aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin teil. Zwei Tage lang berieten die Delegierten über die von FIDEF und ihren Mitgliedsorganisationen geleistete Arbeit in der vergangenen Tätigkeitsperiode. Sie befaßten sich eingehend mit der Lage der Türkei unter der Militärdiktatur und mit den brennenden Problemen der ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik.

Freimütig und konstruktiv wurden von den Delegierten neben den Erfolgen auch Fehler und Versäumnisse der vergangenen Monate zur Sprache gebracht. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen wurden in die Entschlüsse aufgenommen, die nach aus-

föhrlichen Diskussionen verabschiedet wurden.

Zusammenarbeit

Dem Kongreß lag ein umfangreicher Tätigkeitsbericht des FIDEF-Bundesvorstandes vor, in die Ergebnisse der vergangenen Periode zur Diskussion gestellt und die Perspektiven der weiteren Arbeit aufgezeigt wurden. Auf besonderes Interesse stießen dabei die Analyse des Militärputsches und der aktuellen Lage in der Türkei sowie die Beurteilung der Möglichkeiten einer Aktionseinheit mit anderen demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei in Europa.

Nach vorgelegten Berichten konnten die FIDEF-Vereine auch in der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen bezüglich der Bemühungen für Frieden und Abrüstung erhebliche Fortschritte erzielen. Mit Nachdruck wurde auf Aktualität dieser Aktivitäten angesichts der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa hingewiesen.

Der Kongreß behandelte ausführlich die umfangreiche Problematik, die sich aus der rechtlichen, politischen und sozialen Diskriminierung der ausländischen Kollegen und ihrer Familien in der Bundesrepublik ergibt.

Es wurde immer wieder betont, daß FIDEF von Anfang an die ausländischen Kollegen als einen untrennbaren Bestandteil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik betrachtet hat.

In den Diskussionsbeiträgen unterstrichen die Delegierten erneut die Bedeutung der Einheitsgewerkschaften. FIDEF-Delegierte aus Dortmund berichteten über eindringliche Beispiele der Klassensolidarität deutscher und ausländischer Kollegen im Kampf gegen die Entlassungspläne des Hoesch-Konzerns.

Gewerkschaftliche Aktivität

In der IG-Metall organisierte Kollegen aus anderen Städten schilderten ihre Erfahrungen bei den durchgeführten Warnstreiks im Metallbereich. Diese Berichte zeigten zugleich, wie tief in der Praxis die internationalistische Einstellung der ausländischen und einheimischen Kollegen bereits verankert ist. Davon ausgehend erging an alle ausländischen Kollegen erneut die Aufforderung, sich in den DGB-Gewerkschaften zu organisieren und Gewerkschaftsarbeit aktiv mitzutragen.

Im Laufe des Kongresses kam es zu einem lebhaften Erfahrungsaustausch. Die Delegierten betonten in ihren Redebeiträgen vor allem die Dringlichkeit der Aktionseinheit angesichts der Militärdiktatur in der Türkei. Auch die bei den Bemühungen um eine Aktionseinheit auftauchenden Probleme und Schwierigkeiten kamen zur Sprache. Mehrere Delegierte betonten die Notwendigkeit, hierbei nicht die unterschiedlichen Einschätzungen der Lage, sondern die gemeinsamen Ausgangspunkte, die ein einheitliches Vorgehen mit anderen demokratischen Kräften ermöglichen, in den Vordergrund zu stellen.

Unter den zahlreichen Delegationen und Gästen befanden sich auch Vertreter des Komitee für Einheit und Demokratie (DIB-FAK), des Solidaritätskomitees für die Zeitung

„Gerçek“ in Europa, der Demokratischen Arbeitervereine Kurdistan in Europa (KKDK) und der Kurdischen Volkshäuser. Grußbotschaften übersandten Gültekin Gazioglu, Vorsitzender des Lehrerverbandes der Türkei Töb-Der und die Föderation oder Arbeitervereine Kurdistan KOM-KAR. Die Grußansprachen und -botschaften, wurden von Kongreßteilnehmern mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Ihnen gemeinsam war die eindeutige Befürwortung der Anstrengungen um eine dauerhafte Aktionseinheit aller antiimperialistischen, antifaschistischen und antichauvinistischen Kräfte.

Die FIDEF-Vertreter bedankten sich bei den anwesenden Organisationsvertretern mit einer Erklärung, in der sie ihre Zuversicht zum Ausdruck brachten, daß die eingeleiteten Schritte in Richtung einer Aktionseinheit bald zu konkreten Ergebnissen führen werden. Die in den Grußbotschaften zum Ausdruck gekommene Entschlossenheit bewiese erneut, daß dies von allen demokratischen Kräften aus der Türkei als vorrangigste Aufgabe behandelt werde.

Mit großem Beifall wurden die Grußansprache des DKP-Präsidiumsmitglied Heinz Lang und die Grußbotschaft des TKP-Zentralkomitees aufgenommen. Mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete und Gewerkschaftler übersandten Grußbotschaften; Vertreter von Kirchengemeinden und Jugendverbänden richteten Grußworte an die Kongreßteilnehmer.

Der Kongreß ging mit einer großen Kultur- und Solidaritätsveranstaltung in Essen zu Ende, an der etwa

1700 Menschen teilnahmen. Unter den Mitwirkenden befanden sich neben Folkloregruppen und Chören aus FIDEF-Vereinen auch namhafte türkische und kurdische Künstler wie Sümeyra, Meral Taygun, Melike Demirag und Heval. Die begeisterte, ununterbrochene Anteilnahme der Zuschauer während des mehr als fünf Stunden andauernden Programms, wurde von den neugewählten FIDEF-Organen als eine Bestätigung der bisherigen Arbeit, aber auch als eine Herausforderung für die Zukunft bewertet.

Wir veröffentlichen nachstehend einen Teil der Resolutionen, die von dem fünften FIDEF Kongreß verabschiedet wurden. Die Veröffentlichung der Dokumente werden wir in unseren nächsten Ausgaben fortsetzen.

Wir unterstützen den Krefelder Appell gegen die Raketen mit atomaren Sprengköpfen!

Nein zu den Abenteuern, in die die militaristischen amerikanischen Kreise die Türkei hineinzuziehen versuchen!

FIDEF und alle ihre Organisationen sind entschlossen, sich aktiv gegen das Wettrüsten und für den Frieden gemeinsam mit deutschen anderen Nationalitäten angehörenden Demokraten und Friedenskämpfern einzusetzen. Sie erachten es als ihre Aufgabe, alle ihre Möglichkeiten zu mobili-

sieren, um die lebenswichtige Bedeutung des Kampfes gegen die Aufrüstungspläne der herrschenden NATO-Kreise und gegen die Stationierung der atomaren Todesraketen in der BRD und der Türkei den breiten Massen verständlich zu machen und um die werktätigen Menschen über die Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens zu informieren.

Die Türkei befindet sich in einer Region, in der die Spannungen am höchsten in der Welt ansteigen und die zum Hauptziel der imperialistischen Expansion wurde. Die USA-Regierung proklamierte den Persischen Golf zu ihrem „Interessensgebiet“. Jetzt beabsichtigt sie unser Land als Sprungbrett für ihre Angriffe gegen die Sowjetunion und den Mittleren Osten zu benutzen. Es ist heute die dringende Aufgabe aller Patrioten, das Einspannen unseres Landes für Abenteurer, in die die USA die Türkei hineinzuziehen versucht, zu verhindern. Alle FIDEF-Organisationen sind verpflichtet, große Anstrengungen in diesem Sinne zu unternehmen, diese Ziele des Imperialismus zu entlarven und zu propagieren, daß die Türkei freundschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn pflegt und sie verbessern soll.

FIDEF und alle ihre Organisationen fühlen sich in Bewußtsein der Tatsache, daß der Kampf um die Demokratie von dem Kampf um Frieden nicht zu trennen ist, verpflichtet, diese Kampagne zu stützen und den Krefelder Appell weiter zu verbreiten. Wir müssen an unseren Arbeitsplätzen und Wohngebieten offen darle-



Folklore-Gruppe des Frankfurter Volkshauses auf der Kulturveranstaltung

gen, daß die Bereitstellung der Gelder für die Rüstung unsere Arbeitsplätze bedrohen und die Lösung unserer konkreten Probleme verhindern. Mit Hilfe aller unserer zur Verfügung stehenden Möglichkeiten müssen wir und den Massen zuwenden und sie gegen den Krieg und für Frieden mobilisieren. Wir wollen keine Raketen mit atomaren Sprengköpfen, sondern Arbeit, Schulen, Krankenhäuser und neue Arbeitsplätze, kurz, ein menschenwürdiges Leben!

Solidarität mit den Demokratischen Kräften der Türkei und die Aktionseinheit

Der 5. Kongreß der FIDEF findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem in der Türkei zehntausende Demokraten, Patrioten verhaftet, die Tätigkeit der Parteien TIP, TSIP und CHP eingestellt, DISK verboten, zahlreiche führende Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Gefängnisse eingesperrt und in Türkei-Kurdistan die Unterdrückung und die Repressalien verschärft wurden. Die Militärdiktatur hob alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung auf. Die praktizierte an den Interessen der in- und ausländischen Monopole orientierte Politik konfrontierte Millionen von werktätigen Familien mit Hunger. Wie bei allen brennenden Fragen der Werktätigen ist die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter aus der Türkei gegen die Atom-Raketen, die Abenteuer, in die die militaristischen USA-Kreise die Türkei hineinziehen wollen, die wichtigste bevorstehende Aufgabe.

Es ist zwingend, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben, durch unser Verhalten und unsere Schritte die Einheit zu stärken, die vorhandenen Uneinigkeiten nicht zu unüberwindlichen Mauern werden, die uns voneinander trennen und durch ein konstruktives und maßvolles Verhalten die Aktionseinheit dauerhaft zu gestalten.

Aktionseinheit heißt das gemeinsame Handeln ohne Bedingungen, indem man nicht die unterschiedlichen Gesichtspunkte, sondern von uns allen geteilte Forderungen zur Grundlage nimmt. Die Aktionseinheit spielt aus der Sicht des aktiven gemeinsamen Kampfes um die aktuellsten und dringenden gemeinsamen Forderungen und der Einheit aller demokratischen Kräfte eine lebenswichtige Rolle. Wir können auch die Meinungsverschiedenheiten unter uns schritt-

weise beseitigen, indem wir die Aktionseinheit stärken.

In der Türkei wurde der 1. Mai verboten. Hunderte von Gewerkschaftern werden den 1. Mai in den Gefängnissen und unter Folter begehen. Der 5. Kongreß der FIDEF gratuliert den DISK und Türk-Is angehörenden Gewerkschaftern, die sich in den Gefängnissen befinden, bereits jetzt schon zum 1. Mai. FIDEF wird alles mögliche tun, am ersten Mai zusammen mit anderen demokratischen Massenorganisationen der Arbeiter aus der Türkei zu marschieren und den 1. Mai mit ihnen zusammen zu feiern. Die Aktionseinheit, die wir bei den 1. Mai-Kundgebungen herstellen können, wird ein wichtiger Beitrag zur Solidarität mit den demokratischen Kräften, den Klassenbrüdern sein, die sich in unserem Land gegen die Repression und Unterdrückung widersetzen.

Wir, die DIB-FAK, Solidaritätskomitee mit Gercek, FIDEF, HDF, KOMKAR, KKDK und Mala Gele Kurd angehörenden Arbeiter, werden unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen und unsere Stimmen für die Demokratie, die Freilassung der verhafteten Demokraten, die Beendigung der Folter, die Aufhebung des DISK-Verbots, die Einstellung der Unterdrückung der Gewerkschaften und die Zulassung der antifaschistischen Parteien erheben. Wir werden die sofortige Freilassung von Abdullah Bastürk, Ahmet Isvan, Nedim Tarhan, Mehdi Zana und Ismail Besicki fordern.

Beim Herangehen an alle auf die Türkei oder Bundesrepublik bezogenen Fragen in der nächsten Arbeitsperiode werden wir versuchen, das gemeinsame Handeln der DIB-FAK, Solidaritätskomitee mit Gercek, FIDEF, HDF, KOMKAR, KKDK und Mala Gele Kurd angehörenden Arbeiter weiter zu entwickeln. Wir werden die Wege dafür suchen und finden. Denn die Einheit ist wichtigste Aufgabe von uns, den Arbeitern. Alle FIDEF-Organisationen werden entsprechend dieser Auffassung tätig werden.

Auf dem 5. Kongreß einstimmig angenommen.

Brüderlichkeit der Arbeiter aller Nationalitäten gegen die Ausländerfeindlichkeit

Parallel zu der Vertiefung der ökonomischen Krise steigerte das Monopol-

kapital seine nationalistisch-reaktionäre Propaganda, um die Arbeiter verschiedener Nationalitäten zu spalten. Diese Propaganda tritt in ihrer, in jüngster Zeit zunehmend an die deutschen Arbeiter gerichteten Form, als Ausländerfeindlichkeit in Erscheinung. Uns sind die Bestrebungen der Neo-Nazis und der reaktionären Kreise insbesondere bei den letzten Bundestagswahlen bekannt, die bis zu den Morden an den asylsuchenden Demokraten und an den ausländischen Arbeitern und den Brandanschlägen hinreichen. Jedoch richtet sich die spalterische Propaganda nicht nur auf die deutschen Arbeiter.

Presseorgane wie Anadolu, Tercüman, Hüüriyet, die faschistischen Zentren unternehmen massive Anstrengungen, um die Deutschfeindlichkeit unter uns zu verbreiten. Sie versuchen die türkischen Arbeiter von den kurdischen und deutschen Arbeitern zu trennen, indem sie sagen: „Der Türke hat keinen anderen Freund außer den Türken“.

Aus diesen Gründen werden die FIDEF-Organisationen in der nächsten Arbeitsperiode ihre Aktivitäten gegen jegliche die Arbeiter spaltende Propaganda und gegen die Ausländerfeindlichkeit verstärken. Dabei werden wir die Erfahrungen der „Woche der Freundschaft gegen die Ausländerfeindlichkeit“, die wir Ende 1980 durchgeführt hatten, berücksichtigen. Neben den Aktionen der FIDEF-Organisationen kommt auf die Aktivitäten der Einzelnen von uns als aktive Gewerkschafter in unserer Einheitsgewerkschaft DGB eine große Bedeutung zu. Die beste Antwort auf die Bestrebungen, die Arbeiterklasse zu spalten, ist die Stärkung unserer Einheitsgewerkschaften. Wir werden den Grundsatz „Einheit aller Arbeiter unabhängig von ihrer Nationalität gegen den Nationalismus“ unseren Kollegen erklären und beherzigen lassen. Diejenigen, die nationalistische und spalterische Propaganda betreiben und die rassistisch-chauvenistischen Kreise werden wir isolieren, indem wir die Reaktionen auf die Ausländerfeindlichkeit in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik auswerten.

Der Kampf gegen Spaltertum und Ausländerfeindlichkeit wird ständig auf unserer Tagesordnung bleiben. Wie es bereits bis heute der Fall war, wird auch in Zukunft der Grundsatz „Brüderschaft der Arbeiter aus allen Nationen“ die Arbeit der FIDEF bestimmen. ●

Aus den FIDEF-Aktivitäten

Internationales Seminar zur gesundheitlichen Situation ausländischer Frauen



Laut der Weltgesundheitsorganisation ist „Gesundheit ein Zustand vollständigen physischen und geistigen und sozialen Wohlbefindens“. Der Gesundheitszustand der ausländischen Arbeiterfamilien, besonders der ausländischen Frauen, weicht von dieser Definition entschieden ab. Die Ursachen für die gesundheitlichen Probleme sind Ergebnisse der konkreten Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, die Lösung der Probleme kann nicht individuell erfolgen, sondern verlangt im Kern eine gesellschaftlich-politische Lösung.

Dieses Fazit wurde im Internationalen Seminar zur „gesundheitlichen Situation und medizinischen Versorgung ausländischer Frauen in der Bundesrepublik Deutschland“ gezogen. Das Seminar, das vom 30. bis 31. Mai 1981 in der Evangelischen Akademie in Mühlheim an der Ruhr stattfand, wurde von den Frauengruppen demokratischer ausländischer Organisationen vorbereitet und durchgeführt: von dem Verband griechischer Gemeinden in der BRD und Westberlin (OEK), vom Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine in der Bundesrepublik Deutschland, von der Federazione Italiana Lavoratori Emigrati (FILEF), von der Bewegung demokratischer Frauen Portugals (MdM) und von der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e. V. (FIDEF). 115 ausländische und 35 deutsche Frauen diskutierten ihre Probleme — teilweise in ihren Mutterspra-

chen — in entsprechenden Arbeitsgruppe und im Plenum.

In den Diskussionen wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß die gesundheitliche Situation der einheimischen Arbeiterfamilien nicht grundsätzlich von der der ausländischen verschieden ist. Ausländische Familien, und hier wiederum besonders die Frauen, sind jedoch von den Männern in der gesundheitlichen Versorgung besonders betroffen, für sie treffen die meisten Probleme verschärft zu, nicht zuletzt wegen der Diskriminierung durch das Ausländergesetz. Ausdrücklich z. B. können Ausländer ausgewiesen werden, wenn und weil sie sich in Heilbehandlung befinden; sie dürfen sich also in der Bundesrepublik ihre Krankheit holen, sie aber nicht hier auskurieren.

Die Forderungen in dem Seminar zielten folgerichtig auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einheimischer und ausländischer Arbeiterfamilien und auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung der Arbeiterbevölkerung insgesamt. Das Organisationskomitee des Internationalen Seminars will eine Dokumentation zu dem Seminar erstellen und diese zuständigen Stellen zuschicken mit der Bitte um Stellungnahme. Wie die Abwesenheit von offiziellen und zuständigen eingeladenen Behörden bewies, müssen die ausländischen Frauen und ihre Organisationen weiter daran arbeiten, daß ihre Probleme endlich zur Kenntnis genommen werden. ●



Zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 1981 führten FIDEF-Vereine in ihren Wohnorten Veranstaltungen durch, die besonders auf die Situation der ausländischen Kinder in der Bundesrepublik hinweisen sollen. So werden zum Beispiel Informationsstände, Pressebesuche und Diskussionsrunden organisiert, in denen hauptsächlich die Kinder selbst über ihre Schul- und Bildungsprobleme und über ihre Beziehungen zu den einheimischen Kindern äußern. Organisiert werden aber auch Kinderfeiern mit vielen Überraschungen.



Erfolgreich verlief der Friedensmarsch, der am 16. Mai 1981 in drei Städten gleichzeitig 50000 Kriegsgegner auf die Beine brachte. Die FIDEF und ihre Vereine beteiligten sich aktiv an der Demonstration und den anschließenden Friedensfesten und wiesen dabei besonders auf die Gefahren hin, die durch die US-Strategie im Nahen und Mittleren Osten entstehen.

Einstellungsrecht für Junta an hiesigen Schulen?

Anadolu
TÜRKLERİN HAFTALIK GAZETESİ

MSP Dosyası
Haftaya gazetemizde

Türkün İttihacı

CDU Genel Başkanı Dr. Kohl Kurultayda gurbetçiyeye seslendi

"HÜR TÜRK'ün görevi büyüktür!"

Ayrıca bu en büyük Parti CD'den Genel Başkanı Dr. Kohl gurbetçiyeye seslendi

Kaum waren die Pläne mehrerer Kultusministerien durchgesieckert, nur noch von der „türkischen Regierung“ (sprich: Militärrunta) entsandte türkische Lehrer einzustellen, druckte am 3. Dezember das Rechtsextremisten-Blatt Tercüman ein Interview mit dem für die Religionsfragen zuständigen Staatsminister Mehmet Özgünes. Seine Äußerungen lassen erahnen: Zu den Korankursen, die in der Bundesrepublik nach wie vor von den Behörden unbehelligt ihr reaktionäres Unwesen betreiben, soll bald ein neuer „Anbieter“ zustoßen: Das der Militärrunta unterstellte Religionsamt.

Sollte es der Militärrunta tatsächlich gelingen, unter Duldung bundesdeutscher Behörden ihre „Koran-Kurse“ hier zu errichten, wären die Folgen schon jetzt erkennbar:

Zunächst einmal würde durch den neuen „Anbieter“ das von diversen religiös- und nationalistisch-fanatischen Sekten abgedeckte Feld noch größer werden, denen die Türkenkinder primär durch das Versagen der Kultusbehörden geradezu in die Arme getrieben werden.

Auch einige gutmeinende Kollegen, die das Allheilmittel gegen das Unwesen

der Koran-Kurse in den staatlichen und halbstaatlichen Zentren dieser Art wähen, wären bald eines besseren belehrt: Die Zahl der Kinder in den anderen, direkt von Faschisten kontrollierten Zentren dürfte dadurch kaum nennenswert abnehmen, da sie in der Regel von den Sekten organisiert werden, die dem staatlichen Religionsamt erklärtermaßen feindlich gegenüber stehen. Aufgabe der neuen, staatlichen Kurse wäre vielmehr, die Kinder der Anhänger einer anderen islamischen Richtung als der der Sekten in den Koran-Kursen zu binden.

Bundesdeutsche Behörden: Wohlwollen für Junta-Pläne

Alarmierend für die demokratische Öffentlichkeit muß die Behauptung von Özgünes wirken, seine Pläne wären von den bundesdeutschen Behörden wohlwollend aufgenommen worden. Halb-offizielle, von hiesigen Behörden abgesegnete Koran-Kurse in der Bundesrepublik: Das würde nichts anderes bedeuten, als daß die Kultuspolitiker ihre bisherige, skandalöse Duldungspolitik gegenüber den fanatisch-religiösen Zentren beibehalten und ihr beschämendes

Versagen bei der Beschulung ausländischer Kinder fortschreiben wollen.

Leicht vorstellbar auch, welche Funktion den Koran-Kursen des Staatlichen Religionsamtes von dieser Perspektive aus zugeordnet sind: Jegliche berechtigende Kritik an den nicht hinnehmbaren Praktiken der Koran-Kurse von islamischen Kulturzentren, den Grauen Wölfen usw. wäre dann mit dem erleichternden Hinweis auf die nunmehr halbstaatlich fungierenden „Kurse“ leicht im Keim zu ersticken. Ganz zu schweigen von dem eindeutigen Einfluß, der von der derzeitigen Junta auszusuchenden Lehrer, die in diesen Kursen eingesetzt werden.

Dieser gefährliche Trend kommt auch in dem Brief des NRW-Kultusministers vom 2. Dezember 1980 deutlich zum Ausdruck: Räumt er doch offen ein, was von seinem Ministerium angestrebt wird:

„Ein ausreichendes Angebot des islamischen Religionsunterrichts in Schulen; damit würde der Koranunterricht in die Schule verlagert.“

Koran-Unterricht in die Schule verlagern?

Nach dieser Logik kann angenommen werden, daß das Kultusministerium in NRW davon ausgeht, den von den Koran-Kursen ausgehenden Gefahren ausgerechnet „durch Verlagerung des Koranunterrichts in die Schule“ zu begegnen.

Daher sollten alle Versuche, die Koran-Kurse zu legalisieren, bzw. sie in den Schulunterricht zu integrieren, als Beweise der beschämenden Unwilligkeit der Kultuspolitiker abgelehnt werden, die mit „Billig-Lösungen“ den Ausländer-Kindern gleichberechtigte Teilnahme am Schulunterricht verweigern und sie dadurch geradezu den rechts-extremistischen Kräften zutreiben. Engagierte Kollegen, Eltern und demokratische Organisationen sollten der in dieser Frage offensichtlich bereits weit gediehenen Kooperation der Militärrunta mit den hiesigen Kultusbehörden erhöhte Aufmerksamkeit schenken sich nicht mit fadenscheinigen Argumenten abspesen lassen.

„Staatsamt für Religionswesen wird in der Bundesrepublik Koran-Kurse eröffnen“

(Aus: Tercüman, v. 3. 12. 1980)

Frage: Es wird gemeldet, das die Bundesregierung Vorbereitungen trifft, um sämtliche von den Türken gegründete Religiöse Vereine sowie die an diesen Vereinen angeschlossenen Korankurse zu schließen. Wie beurteilen Sie die Aktivitäten der Bundesregierung in dieser Frage?

Antwort: Uns liegen keine offiziellen Informationen darüber vor, daß die deutschen Behörden Anstrengungen unternehmen, um die in der Bundesrepublik tätigen Koran-Kurse zu schließen. Ich glaube jedoch, daß die von unserem staatlichen Religionsamt ange-

strebte Verwirklichung der religiösen Betreuung und der Einrichtung von Koran-Kursen von den deutschen Behörden positiv aufgenommen werden. Aufgrund einiger Unterredungen, die bereits stattgefunden haben, bekam ich diesen Eindruck.

Frage: Es wird berichtet, daß die Korankurse in der Türkei von Kriegsrechtskommandanten geschlossen werden. Falls dies zutrifft, wird daran gedacht, die geschlossenen Korankurse unter Aufsicht des staatlichen Religionsamtes wieder zu öffnen?

Antwort: Meldungen darüber, daß die Kriegsrechtskommandanten Korankur-

se geschlossen hätten, sind falsch. Uns wurde bis heute keine einzige Information darüber weitergeleitet, daß irgend ein Korankurs geschlossen sei. Es ist selbstverständlich, daß die illegal tätigen Zentren geschlossen werden.

Wie bekannt, spielen die Korankurse, die im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes mit der Nr. 633 und der Verordnung über Koran-Kurse unter der Aufsicht des Staatlichen Religionsamtes tätig sind, im geistigen Leben unserer Nation eine große Rolle. Die Zahl dieser Einrichtungen die einem großen Bedürfnis entgegenkommen, wird täglich durch Neueröffnungen erhöht. ●

„Koranschulen“ – keine Schulen?

Betr.: Veranstaltung der Melanchthon-Akademie in Köln zum Thema „Koranschulen – Stätten der Religionslehre oder der Gewalt gegen Kinder“ am 4.12. 1980 in der Hauptschule an der Turmstraße in Köln-Nippes

Bezug: Ihre telegrafische Einladung vom 27.11.1980

Herr Minister Girgensohn dankt Ihnen herzlich für die telegrafische Einladung zu der Veranstaltung der Melanchthon-Akademie am 4.12.1980.

Weder Herrn Minister Girgensohn noch dem zuständigen Referenten ist es wegen Wahrnehmung anderer Dienstgeschäfte möglich, der Einladung Folge leisten zu können.

Ich bitte deshalb um Ihr Verständnis, daß seitens des Kultusministeriums kein Vertreter an der Veranstaltung teilnehmen wird.

Zum Thema „Koranschulen“ möchte ich noch folgendes anführen:

„Koranschulen“ sind keine schulischen Veranstaltungen.

Es handelt sich um Korankurse, in denen ausländische Kinder islamischen Glaubens Koranunterricht erhalten.

Ausländische Kinder, die in Familien mit starker Bindung an den Islam aufwachsen, werden von ihren Eltern an-

gehalten, am Koranunterricht teilzunehmen.

Dieser Koranunterricht, obwohl er keine schulische Veranstaltung ist, reflektiert auch auf Bereiche des schulischen Lebens. Deshalb steht dieser Koranunterricht in zunehmendem Maße in der Kritik.

Die Landesregierung hat deshalb in ihren Leitlinien zur Ausländerpolitik vom 15.4.1980 u.a. zum Ausdruck gebracht, daß dem unzulänglich oder in negativer Form erteilten Koranunterricht positiv und konstruktiv zu begegnen ist, und zwar durch

- ein ausreichendes Angebot islamischen Religionsunterrichts in Schulen. Damit würde der Koranunterricht in die Schule verlagert;
- Auswahl geeigneter Lehrkräfte;
- Erstellung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien;
- die objektive Behandlung des Themas „Koranunterricht“ im Rahmen der Schulmitwirkung;
- eine stärkere Rücksichtnahme auf kulturelle und religiöse Eigenarten bei Maßnahmen und in Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendförderung;
- die nachdrückliche und konsequente Anwendung unseres Rechts bei Feststellung von Gesetzesverstößen

im Zusammenhang mit der Erteilung von Koranunterricht.

Die Richtlinien für den Unterricht Kinder ausländischer Arbeitnehmer sehen auch in den Vorbereitungsklassen die Erteilung eines islamischen Religionsunterrichtes vor.

Soweit ausländische Lehrer mit entsprechender Lehrbefähigung bereit sind, diesen Religionsunterricht zu erteilen, wird er auch im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts erteilt. Gleiches gilt für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht, den ausländische Schüler erhalten, die in deutsche Regelklassen integriert sind.

Ausländische Grundschüler islamischen Glaubens erhalten von ihren Lehrern jedoch keine religiöse Unterweisung, sondern mehr eine geschichtliche Vermittlung, da in der Türkei erst Schüler ab dem 5. Schuljahr Korankurse besuchen können.

Mit der Erstellung eines Lehrplanes für türkische Grundschüler ist das Landesinstitut für Curriculumentwicklung, Lehrerfortbildung und Weiterbildung beauftragt worden.

Die Fertigstellung dürfte jedoch noch eine geraume Zeit beanspruchen, da diese Richtlinien so erstellt werden sollen, daß islamischer Religionsunterricht für Grundschüler ordentliches Unterrichtsfach wird und damit verpflichtend eingeführt werden könnte und somit der deutschen Schulaufsicht unterläge.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:
gez. Meis“ ●

„Ich liebe mein Land“ auf Tournee

Mit Nazim Hikmet für Verständigung und Solidarität

„Ich schäme mich, Deutscher zu sein“, sagte ein hoher Beamter der BRD-Botschaft in Ankara, als er zu sehen mußte, daß die BRD-Behörden Ruhi Su, 68, die Einreise verweigerten: Der bekannte Volksänger, einer der populärsten Interpreten seines Landes, der wegen seines politischen Engagements zweimal in der Türkei inhaftiert wurde, sollte ein „einwandfreies“ Führungszeugnis vorweisen, damit er ein Einreisevisum erhalten und sich an der Tournee beteiligen konnte!

Mit einem einmaligen literarisch-musikalischem Programm, dessen Leitfaden die Zeile von Nazim Hikmet „Ich liebe mein Land“ darstellt, sind sie seit dem 2. Mai auf Tournee — ein Ensemble mit Künstlern aus der Türkei und aus der Bundesrepublik, das einen kulturell-musikalisch aber auch politisch bedeutenden Einblick in das Schaffen von Nazim Hikmet und mit ihm in die kulturellen Traditionen der Türkei vermittelt.

Die ergreifende, einzigartig arrangierte Zusammenstellung der Volkslieder aus Deutschland und der Türkei bildet auch den Rahmen für Texte von Nazim Hikmet, dem großen Dichter und Friedenskämpfer, der als Mitglied der TKP in seiner Heimat siebzehn Jahre eingekerkert war. Sein Name, seine Gedichte stehen für den Kampf seines Volkes für nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden: deshalb versucht auch die Militärjunta, wenn auch vergeblich, seinen Namen aus dem Bewußtsein der Bevölkerung zu tilgen.

Die gelungene Auswahl seiner Gedichte und Texte steht auch für die aktuelle Bedeutung des Programms und erweist sich wieder einmal als hervorragendes Medium zur Vermittlung von Verständigung und Solidarität im Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg. Seine nicht vertonten Gedichte werden von Lutz Görner vorgetragen, der sich bereits mit seinen Heine- und Tucholsky-Rezitationen einen Namen gemacht hat.

Sümeyra, die den an der Ausreise gehinderten „Mentor“ des Volksliedes in der Türkei, Ruhi Su, vertritt, spielt Saz und trägt mit ihrer ungewöhnlichen, vollen Stimme alte und neue Lieder vor. Von Beruf Architektin, hatte sie in der Türkei unter anderem Chöre der DISK-Gewerkschaften, von denen mehrere inhaftiert wurden, weil sie die „Internationale“ vortrug, aufgebaut und mit ihnen geprobt. Für das musikalische Arrangement hat Tahsin Incirci gesorgt, der Gründer und Leiter des „Türkischen Arbeiterchores Westberlin“. Incirci, Absolvent der Westberliner Hochschule für Musik und zeitweise erster Geiger an der Istanbuler Oper, begleitet Sümeyra auf der Geige.

Thomas Friz, („Zupfgeigenhansel“) trägt zur Gitarre alte deutsche Volkslieder und eigene Kompositionen vor: Lieder gegen Unterdrückung und Krieg, aber auch das „Liebesgedicht“ des 1943 von den Hitlerfaschisten ermordeten Adolf Kuckhoff, das er in seiner Todeszelle schrieb.

In dem Ensemble, das für eine unaufdringliche und äußerst harmonische und effektvolle Untermalung sorgt, wirken neben Sigrud Rozbroj (38), der langjährige Begleiter Görners auf der Gitarre, und Ursula Schmidt (27), die Cello, Saxophon und Flöte spielt, auch Marianne Steffen (28), die Xylophon, Vibraphon und Schlagzeug beherrscht, mit.

Dieser mutige, äußerst erfolgreiche Vorstoß einer hervorragenden Verbindung von politischem Engagement und erst-rangiger Kulturarbeit hält Verantwortlichen angesichts von fast vier Millionen Ausländern in der Bundesrepublik beispielhaft vor, was von ihnen unterlassen und unterdrückt wird: Verständigung zwischen der anspruchsvollen deutschen Bevölkerung und den Bevölkerungsgruppen anderer Nationalitäten, die längst zu „Inländern“ geworden sind.

Nachstehend einige Auszüge aus den Gesprächen mit einigen Mitwirkenden:

Sümeyra: In meinem Repertoire befinden sich nur wenige Lieder, die ich früher gesungen habe. Bei der Auswahl der neuen

Lieder haben wir uns bemüht, das Kulturgut unseres Volkes auch einem deutschen Publikum bekannt zu machen. Nazim Hikmet ist unser größter Dichter und ist mit den kulturellen Traditionen seines Volkes aufs engste verbunden. Es fiel uns also nicht schwer, die mit traditionellen Musikelementen der Türkei komponierten Gedichte von ihm in das Repertoire aufzunehmen. Von Anfang an hatten wir uns dafür entschieden, vielstimmig zu musizieren.

Daß die Arbeit von Tahsin mit anderen Kollegen im Ensemble bei unserem gemischten Publikum sehr gut ankommt, entnehmen wir dem langen, herzlichen Beifall.



Zu Beginn der Tournee hatte ich mich nicht ganz wohl gefühlt, weil unsere Vorbereitungen für eine so bedeutungsvolle Sache in einer sehr kurzen Zeitspanne gelaufen sind. Ich bin immer noch der Meinung, daß wir lernen müssen, noch bessere, attraktivere Programme zu machen. Wir müssen lernen, die fortschrittlichen kulturellen Werte unserer Völker einander bekannt zu machen. Dies wäre ein sehr wirksames Mittel gegen die in der Bundesrepublik und auch sonst in Westeuropa grassierende Ausländerfeindlichkeit.

Im Laufe der Veranstaltungen, die wir bislang durchführten, bekam ich den Eindruck, daß wir auch mit unseren bescheidenen Mitteln etwas Richtiges machen. Viele deutsche Kollegen merken erst jetzt, glaube ich, daß Millionen von Menschen, unsere Landsleute aus Anatolien, doch ein beachtenswertes, humanistisches Kulturerbe mitgebracht haben. Ihnen wurde aber nicht die Möglichkeit gegeben, dies in adäquater Form dem einheimischen Publikum nahe zu bringen. Einige hervorragende Künstler aus der Türkei, die in die Bundesrepublik kamen, blieben aus dem selben Grunde den deutschen Zuhörern weitgehend unbekannt. Deshalb meine ich, daß der Zeitpunkt gekommen war, trotz aller Risiken und Unzulänglichkeiten einmal zu beweisen, daß ein solches Programm realisierbar ist und beim Publikum „ankommen“ kann.

Was mich als ein aktives Mitglied der Friedensbewegung bewegt, ist auch die aktuelle Verbindung von Nazım's Gedichten zur Friedensfrage, zum notwendigen Engagement gegen die Aufrüstungspläne. Lieder und Gedichte von Nazım eignen sich vorzüglich um aufzuzeigen, daß nichts die Völker besser verbindet als der Kampf für den Frieden.

Tahsin Incirci: Ich sollte ursprünglich als „Instrumentalist“ Ruhi Su und Timur Selcuk begleiten. Als es jedoch feststand, daß sie nicht kommen konnten, mußte ich sämtliche Arrangements für Sümeyra's Lieder und die Umorganisation des musikalischen Teils übernehmen. Die Vorbereitungszeit betrug weniger als einen Monat — und trotzdem meinten wir, Sümeyra und ich, daß wir ein Programm mit dem Anspruch, Nazım bekannter zu machen, nicht fernbleiben dürften. Als Zwischenbilanz können wir schon jetzt sagen, daß wir als Hauptergebnis unserer Arbeit erreicht haben, daß am Ende dieser Tournee Nazım viel populärer sein wird als bisher.

Ein Hauptproblem bei der Aufgabenstellung war für mich, wie können wir die musikalischen Formen finden, die den deutschen Zuhörern unsere Musik näher bringen, während wir gleichzeitig unsere Landsleute ansprechen? Wie kann man hierfür die technischen Formen entwickeln, so daß sich unsere Volksmelodien nicht wie heulende, jammernde Klagelieder anhören, die europäischen Zuhörern wie Ezan-Vorsingen (Gebetsaufrufe) vorkommen? Das ist eigentlich die Frage, mit der ich mich seit Jahren auch bei unserem Chor beschäftige — und darin liegt das Hauptthema für mich. Denn das tue ich nicht nur dafür, damit die Musik den Europäern besser gefällt, nein, dies bedeutet auch eine Entwicklung, ein neuer



Prozeß für die Musik in unserem eigenen Land: Wir benötigen für uns selbst diese Entwicklung, diesen Fortschritt.

Daß wir damit richtig liegen, zeigt nicht nur diese Tournee. Unser Berliner Chor hat in der Türkei viele erfolgreiche Nachfolger gefunden. Unsere Kompositionen werden von bekanntesten — auch kommerziell motivierten — Sängern übernommen, auch wenn sie bis dahin völlig apolitisch waren. Wenn meine Lieder und Märsche bei jeder politischen Versammlung oder Demonstration in der Türkei gesungen werden — meine Arbeit hat sich gelohnt. Wir haben nicht sehr viel Zeit: Wir müssen Werke schreiben, die sich sofort ins Leben umsetzen lassen; Werke, die der arbeitenden Bevölkerung in ihrem Kampf für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zugute kommen.

Beachtenswert auch, daß diese Lieder, nicht nur meine, die sich qualitativ erheblich von dem unterscheiden, was die imperialistische Kultur unserem Volk vortreibt, bei der Bevölkerung ankommen; trotz allen Marktmechanismen, die eine deformierte „Cassettenmusik“ aufkotzen und das ästhetische Empfinden aushöhlen. Uns fallen also mehrere Aufgaben zu: Wir müssen einerseits der Bevölkerung qualitativ etwas sehr gutes anbieten; sie über die demokratische Bewegung informieren, indem wir die ästhetischen Gefühle wieder sensibilisieren. Dann sehen wir auch, daß „Saz“ bei uns zwar sehr beliebt ist, aber niemals ein Hindernis bedeutet, die uns von der Einführung anderer Instrumente und neuer Klangfarben abhalten sollte.

Von dieser Tournee, von den unterschiedlichen und meistens sehr positiven Zuhörerreaktionen nehme ich wichtige Impulse mit, die in meine künftigen Arbeiten einfließen werden. Und es ist für mich besonders wichtig, daß unsere Veranstaltungen

angesichts der Militärdiktatur in der Türkei zugleich als aktuelle politische Veranstaltungen aufgenommen werden.

Lutz Görner: Als grundsätzliches Stichwort für die ganze Angelegenheit steht Völkerverständigung. Und es liegt auf der Hand, daß viele Veranstalter unser Programm begrüßen, weil sie unseren türkischen Mitbürgern gegenüber ein schlechtes Gewissen haben. Denn bis heute wird ihnen nichts angeboten, was ihren kulturellen Bedürfnissen entgegen käme oder auch nur das Ziel hätte, ihre eigenen kulturellen Werte den Deutschen in gebührender Form bekannt zu machen — obwohl sie mit ihren Steuergeldern auch zur Finanzierung des „Kulturbetriebes“ in der Bundesrepublik beitragen.

Erfreulich war für uns am Anfang, daß uns viele Kollegen von Presse, Rundfunk und Fernsehen unterstützt haben. Dann waren auch mehrere Veranstalter bereit, uns auftreten zu lassen. Aber wir haben auch nach Zusammenstellung unseres Programmes Auftrittsverbote bekommen, so in München, in Frankfurt und in Recklinghausen.

Was ich mit dieser Tournee leisten will, ist vor allem die Herstellung einer Öffentlichkeit für die Sache unserer Mitbürger aus der Türkei und gegen die Militärdiktatur in ihrer Heimat. Mit diesem Programm können wir auch beweisen, daß allein mit künstlerischen Mitteln eine politische Botschaft übermittelt werden kann — ohne daß sich die Künstler als Drapierung vorkommen, die nach politischen Reden das Publikum wieder in Schwung bringen sollen.



Diese Wirkung verdanken wir als Ensemble Nazım Hikmet, der mit seinen Gedichten und Texten auf das Publikum faszinierend wirkt. Was ich demnächst machen werde, ist vielleicht noch ein Hikmet-Programm; denn dieser Hikmet, der läßt mich nicht mehr los.

FREIHEITSKAMPF

Wieder kamen sie mit ihren Büchern, Liedern und Fahnen.
Sie wurden Wellen von Licht,
überrollten die Finsternis,
wieder haben sie die Plätze erobert.

Der auf dem Beyazit-Platz fiel,
stand auf aus dem Grab, stand,
trug seine Wunde in der Hand wie eine Sonne,
zertrümmert hat er die Hölle der Reaktion.

Noch ist der Tag nicht, die Fahnen zusammenzufalten.
Hört ihr: Schakalengeheul.
Schließt enger die Reihen, Kinder.
Dieser Kampf dem Faschismus, dieser Kampf für die
Freiheit!

Nazim Hikmet



TÜRKEI
INFORMATIONEN